Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Fernruf-Sammelnummer 17269 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18663, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2
Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17269 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 4—5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Freitag, 15. Januar 1926 | Anzeigenpreis: [illegible] • Anzeigen-Annahme täglich vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 12

Der Kampf um den Sozialismus

Zur Erinnerung an den 15. Januar 1919

Von Ernst Meyer.

Als Noske in den ersten Januartagen die monarchistischen Offiziere, darunter echte Hohenzollernprinzen, mit um seine weißen Garden zum Kampf gegen Spartakus zu führen, da verkündeten Tausende von Unternehmergeldern bezahlte Plakate, daß die Kommunisten nichts anderes als Räuber und Plünderer seien. Und die sozialdemokratische Bezirksleitung der SPD. für Groß-Berlin beeilte sich, in einem offiziellen Aufruf zu erklären, daß es sich nicht um die Bekämpfung einer politischen Idee, sondern um die Ausrottung von verlumpten Plünderern und Mördern handele. Diese Verleumdung war ein Eingeständnis der eigenen Schwäche: die SPD., die angeblich den besseren Weg zur Verwirklichung des Sozialismus kannte, fand kein anderes Mittel, die junge kommunistische Bewegung zu vernichten, als die Niederschlagung der kommunistischen Führer und Anhänger.

Was für schreckliche Dinge verlangten eigentlich die Spartakusleute? Ein Blick in das Programm des Spartakusbundes vom Dezember 1918, das zugleich das offizielle Parteiprogramm der eben gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands wurde, enthält in enger Anlehnung an das kommunistische Manifest von Marx und Engels eine Reihe von Forderungen, deren Verwirklichung die ersten Schritte auf dem Wege zum Sozialismus verhielt.

Es hat heute besonderes Interesse, daß als erster Punkt der nächsten wirtschaftlichen Forderungen des Spartakusprogramms erscheint: die Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte.

Scheidemann hat vor wenigen Wochen in einer Berliner Arbeiterversammlung behauptet, daß die revolutionären Arbeiter Berlins die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser verhindert hätten.

Nun, dieser erste Programmpunkt des Spartakusbundes beweist das Gegenteil. Damals hielte sich die sozialdemokratische Regierung schützend vor die desertierten oder zur Abdankung gezwungenen Fürsten. Es ist daher kein Wunder, daß ein Prinz von Hohenzollern als Adjutant des Majors von Stephani sich zum Kampf gegen Spartakus und für die Wiedereroberung des „Vorwärts"-Gebäudes zur Verfügung stellte.

Dieser Prinz wußte: den „Vorwärts" aus den Händen der revolutionären Arbeiterschaft der Sozialdemokratie wiedergeben, bedeutete zugleich, dem Hohenzollern das formell beschlagnahmte „Eigentum" zurückerstatten.

Punkt 1 der Forderungen des Spartakusprogramms auf politischem und sozialem Gebiet lautete: Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik. War das eine Forderung, die vom sozialdemokratischen Standpunkt aus als unerfüllbar bezeichnet werden mußte? Diese Forderung stand ähnlich auch im Erfurter Programm der SPD. Wenn Noske diejenigen, die diese Forderung verwirklichen wollten, als Mörder und Plünderer bezeichnete, dann bewies er damit nur, daß die SPD. im Interesse bürgerlicher Kliquen an dem Elend des Kleinstaatenwesens und an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung festhalten wollte. Der Kampf der weißen Garden gegen Spartakus galt auch hier der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Als ersten Punkt der sofortigen Maßnahmen zur Sicherung der Revolution forderte das Spartakusprogramm schließlich die Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere und die Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen. Ebert und Noske aber wollten die Entwaffnung der proletarischen Soldaten, und deshalb bewaffneten sie die Bourgeoisie.

Heute jammert die SPD. viel über die Mord- und Hetzorganisationen der monarchistischen Verbände. Sie selbst aber hat die Entstehung dieser Organisationen erst ermöglicht und dem Proletariat die Abwehr unmöglich gemacht.

Alle Punkte des Spartakusprogramms waren durchaus zu verwirklichen, wenn die SPD. und USP. sich zusammen mit der KPD. dafür eingesetzt hätten. Die Sozialdemokratie aber schrie über anarchistische Vorschläge, über utopistische Pläne und über Herabwürdigung der hehren Ideale revolutionärer Bewegungen zu reinen Lohn- und Magenfragen. Darin war sie ganz einig mit dem Bürgertum, das damals noch nicht wagte, offen aufzutreten, sondern sich vielmehr hinter der Sozialdemokratie versteckte. Und die Sozialdemokratie hat diese Rolle als Schützer des Bürgertums bis zur letzten Konsequenz gespielt. Die Bourgeoisie Frankreichs ging nicht wütender und brutaler gegen die Pariser Kommune vor, als es die Sozialdemokratie im Auftrag des deutschen Bürgertums gegen Spartakus tat. Noch kürzlich rühmten sich die Weis, Kautner und Scheidemann im Münchener Dolchstoßprozeß ihrer Verdienste um die Erhaltung des Kapitalismus. Mit welchem Haß und welcher Verachtung haben Marx und Bebel, die Väter der deutschen Sozialdemokratie, von den tierischen Greueltaten der Bourgeoisie gegen die Pariser Kommunarden gesprochen! Deutsche Sozialdemokraten wie Kautner aber sind stolz darauf, mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiterschaft gekämpft zu haben, und sie haben auch bewußt die Verantwortung für die Greueltaten gegenüber selbst wehrlosen Arbeitern übernommen — „denn einer muß der Bluthund werden" sagte Noske am Beginn der Januartage 1919.

Diesem Bluthund fielen auch die Besten aus der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zum Opfer.

An ihrer proletarischen Moral und der Reinheit ihres sozialistischen Willens konnte niemand zweifeln. Aber trotzdem gab sich der „Vorwärts" dazu her, durch die Verse Zickelers nach ihrem Blut zu schreien, und es war nur eine Willensvollstreckung sozialdemokratischen Hasses, als eine Horde im Weltkrieg verrohter Offiziere und Soldaten unsere beiden Führer niederschlugen. Die kommunistische Idee konnte allerdings durch diese Schläge, so hart sie auch die ganze Kommunistische Partei trafen, nicht getötet werden. Die kleine Kommunistische Partei ist, trotzdem man sie führerlos machte, gewachsen, und die Forderungen, die zum erstenmal im Spartakusprogramm formuliert wurden, sind heute lebendig in Millionen von Arbeitern. In den Reihen der sozialdemokratischen Mitglieder selbst regt sich heute immer stärker der Zweifel, ob nicht doch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht recht gehabt haben. Der Weg der deutschen Republik vom Januar 1919 bis zum Januar 1926 ist eine zu offensichtliche Bestätigung der Voraussagen der Kommunisten, als daß nicht immer größere Scharen des deutschen Proletariats zu der kommunistischen Ueberzeugung von dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie gelangen sollten.

„Trotz alledem!"

„Freilich, nur Begeisterung kann große Werke vollbringen. Ueberzeugung und Vertrauen ist nötig; Klarheit über Weg und Ziel. Sollten wir darum vor unserer Aufgabe zurückschrecken weil sie schwer ist? Wir sehen den leuchtenden Stern, der uns die Richtung weist. Dunkel ist das Meer, stürmisch und voller Klippen. Sollen wir darum unser Ziel aufgeben? Wir halten die Augen offen und melden die Klippen — und steuern unsern Weg — und werden zum Ziel gelangen — **trotz alledem!**

(Karl Liebknecht am 09.11.1918 vor dem Schloß der Hohenzollern)

Karls und Rosas Vermächtnis

Rosa Luxemburg: Ordnung herrscht in Berlin!

(Erschienen in der „Roten Fahne" vom 14. Januar 1919)

„Ordnung herrscht in Warschau", teilte der Minister Sebajnoch im Jahre 1831 in der Pariser Kammer mit, als Raskiewitschs Soldateska nach dem furchtbaren Sturm auf die Vorstadt Praga in die polnische Hauptstadt eingerückt war und ihre Henkersarbeit an den Aufständischen begonnen hatte.

„Ordnung herrscht in Berlin!" verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der „treugebliebenen Truppen", denen der Berliner kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurrah jubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind nur durch Weltgeschichte gerettet, die jämmerlich Geschlagenen von Flandern und den Argonnen haben ihren Ruf wieder hergestellt durch den glänzenden Sieg — über das 300 „Spartakisten" im „Tiergarten". Die Zeiten des ersten ruhmreichen Eindringens deutscher Truppen in Belgien, die Zeiten Generals v. Emmich und des Bezwingers von Lüttich erblassen vor der Tat der Reinhard und Genossen in den Straßen Berlins. Niedergeschossene Parlamentäre, die über die Uebergabe des „Vorwärts" verhandeln wollten und von der Regierungs-Soldateska mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet wurden, so daß die Kriegspolizei ihrer Leichen unmöglich ist. Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Weile hingemordet werden, daß Schädel und Hirn herumspritzen: wer denkt da noch angesichts so glorreicher Taten an die schmählichen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? „Spartakus" heißt der Feind, und Berlin der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Nackte, der „Arbeiter", heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Ludendorff versagt hat.

Wer denkt da nicht an den Siegesrausch der „Ordnungs"-Meute in Paris, an das Bacchanal der Bourgeoisie auf den Leichen der Kommunekämpfer, derselben Bourgeoisie, die eben erst vor den Preußen erbärmlich kapituliert und die Hauptstadt des Landes dem äußeren Feinde preisgegeben hatte, um selbst, wie der letzte Feigling, Ferse zu geben! Aber gegen die schlechtbewaffneten ausgehungerten Pariser Proletarier, gegen ihre wehrlosen Weiber und Kinder — wie flammte da wieder der Mannesmut der Bourgeoisiesöhnchen, der „goldenen Jugend", der Offiziere auf! Wie tobte sich da die Tapferkeit der vor dem äußeren Feind zusammengeknickten Marssöhne in bestialischen Grausamkeiten an Wehrlosen, an Gefangenen, an Gefallenen aus!

„Ordnung herrscht in Warschau!" „Ordnung herrscht in Paris!" Ordnung herrscht in Berlin!" So laufen die Meldungen der Hüter der „Ordnung" jedes halbe Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum anderen. Und die frohlockenden „Sieger" merken nicht, daß eine „Ordnung", die periodisch durch blutige Metzeleien aufrechterhalten werden muß, unaufhaltsam ihrem historischen Gelichter, ihrem Untergang entgegengeht. Was war diese letzte „Spartakus-Woche" in Berlin, was hat sie gebracht, was lehrt sie uns? Noch mitten im Kampf, mitten im Siegesgeheul der Gegenrevolution müssen sich die revolutionären Proletarier über das Geschehene Rechenschaft ablegen, die Vorgänge und ihre Ereignisse am großen historischen Maßstab messen. Die Revolution hat keine Zeit zu verlieren, sie stürmt weiter — über noch offene Gräber, über „Siege" und „Niederlagen" hinweg — ihren großen Zielen entgegen. Ihren Richtlinien, ihren Wegen mit Bewußtsein zu folgen: ist die erste Aufgabe der Kämpfer für den internationalen Sozialismus.

War ein endgültiger Sieg des revolutionären Proletariats in dieser Auseinandersetzung, war ein Sturz der Ebert-Scheidemann und eine Aufrichtung der sozialistischen Diktatur zu erwarten? Gewiß nicht wenn man alle Momente reiflich in Betracht zieht, die über die Frage entscheiden. Die wunde Stelle der revolutionären Sache in diesem Augenblick: die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt, ist allein schon ein Beweis dafür, daß ein dauernder Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war. Andererseits ist diese Unreife des Militärs selbst nur ein Symptom der allgemeinen Unreife der deutschen Revolution.

Das platte Land, aus dem ein großer Prozentsatz der Soldatenmasse stammt, ist nach wie vor noch von der Revolution kaum berührt. Berlin ist bislang noch vom Reich so gut wie isoliert. Zwar stehen in der Provinz die revolutionären Zentren — im Rheinland, an der Wasserkante, in Braunschweig, in Sachsen, in Württemberg — mit Leib und Seele auf seiten des Berliner Proletariats. Doch fehlt vorerst noch der unmittelbare Gleichschritt des Vormarsches, die direkte Gemeinschaft der Aktion, die den Vorstoß und die Schlagfertigkeit der Berliner Arbeiterschaft unvergleichlich wirksamer gestalten würde. Jedenfalls — was nur der tiefere Zusammenhang jener politischen Unfertigkeiten der Revolution — die wirtschaftlichen Kämpfe, die eigentliche vulkanische Quelle, die den revolutionären Klassenkampf fortlaufend speist, — erst im Entstehungsstadium begriffen.

Aus alledem ergibt sich, daß auf einen endgültigen dauernden Sieg in diesem Augenblick noch nicht gerechnet werden konnte. War deshalb der Kampf der letzten Woche ein „Fehler"? Ja, wenn es sich überhaupt um einen absichtlichen „Vorstoß", um einen sogenannten „Putsch" handeln würde! Was war aber der Ausgangspunkt der letzten Kampfwoche? Wie in allen bisherigen Fällen, wie am 6. Dezember, wie am 24. Dezember: eine brutale Provokation der Regierung! Wie früher das Blutbad gegen wehrlose Demonstranten in der Chausseestraße, wie die Metzelei gegen die Matrosen, so war diesmal der Anschlag gegen das Berliner Polizeipräsidium die Ursache aller weiteren Ereignisse. Die Revolution operiert eben nicht aus freien Stücken, in einem offenen Blachfeld, nach einem schlau von „Strategen" zurechtgelegten Plan. Ihre Gegner haben auch die Initiative, sie stehen sie in der Regel vielmehr als die Revolution aus.

Vor die Tatsache der frechen Provokation seitens der Ebert-Scheidemann gestellt, war die revolutionäre Arbeiterschaft gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Ja, es war Ehrensache der Revolution, sofort den Angriff mit aller Energie abzuschlagen, sollte nicht die Gegenrevolution zu weiterem Vordringen ermuntert, die revolutionären Reihen des Proletariats, der moralische Kredit der deutschen Revolution in der Internationale erschüttert werden.

Der sofortige Widerstand kam auch sogleich mit einer so selbstverständlichen Energie aus den Berliner Massen heraus, daß gleich im ersten Anlauf der moralische Sieg auf seiten der „Straße" blieb.

Nun ist es unseres Erachtens der Revolution, wie beim erreichten Schritt in Unzähligkeit, in Passivität stehen zu bleiben. Die beste Parade ist ein kräftiger Hieb. Diese elementare Regel jedes Kampfes beherrscht erst recht alle Schritte der Revolution. Es versteht sich von selbst und zeugt von dem gesunden Instinkt, von der inneren frischen Kraft des Berliner Proletariats, daß es sich nicht bei der Wiedereinsetzung Eichhorns in sein Amt beruhigte, daß es sogar zur Besetzung anderer Machtmittel der Gegenrevolution, der bürgerlichen Presse, des offiziösen Nachrichtenbureaus, des „Vorwärts" schritt. Alle diese Maßnahmen ergaben sich bei der Masse aus der instinktiven Erkenntnis, daß sich die Gegenrevolution ihrerseits bei der davongetragenen Niederlage nicht beruhigen, sondern auf eine allgemeine Kraftprobe ausgehen wird.

Auch hier stehen wir vor einem der großen historischen Gesetze der Revolution, gegen die alle Klügeleien und Besserwisserei jener kleinen „Revolutionäre" vom Schlage der USP. zerschellen, die in jedem Kampfe nur nach Vorwänden zum Rückzug haschen. Sobald das Grundproblem der Revolution klar aufgestellt worden ist — und das ist in dieser Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, als des ersten Hindernisses für den Sieg des Sozialismus — dann taucht dieses Grundproblem immer wieder in seiner ganzen Aktualität auf, und jede einzelne Episode des Kampfes rollt es mit Fatalität auf, mag die Revolution in seiner Lösung noch so unvorbereitet, mag die Situation noch so unreif sein „Nieder mit Ebert-Scheidemann!" — diese Losung taucht unausweichlich in jeder Revolutionskrise auf, als die einzig erschöpfende Formel aller partiellen Konflikte, und treibt dadurch von selbst, durch ihre innere objektive Logik, ob man es will oder nicht, jede Kampfepisode auf die Spitze.

Aus diesem Widerspruch zwischen der Zuspitzung der Aufgabe und den mangelnden Vorbedingungen zu ihrer Lösung in einer anfänglichen Phase der revolutionären Entwicklung ergibt sich, daß die Einzelkämpfe der Revolution formell mit einer Niederlage enden. Aber die Revolution ist die einzige Form des „Krieges" — auch dies ihr besonderes Lebensgesetz — wo der Endsieg nur durch eine Reihe von „Niederlagen" vorbereitet werden kann!

Was zeigt uns die ganze Geschichte der modernen Revolution und des Sozialismus? Das erste Aufflammen des Klassenkampfes in Europa: der Aufruhr der Lyoner Seidenweber 1831 endete mit einer schweren Niederlage. Die Chartistenbewegung in England — mit einer Niederlage. Die Erhebung des Pariser Proletariats in den Junitagen 1848 endete mit einer niederschmetternden Niederlage. Die Pariser Kommune endete mit einer furchtbaren Niederlage. Der ganze Weg des Sozialismus ist — soweit revolutionäre Kämpfe in Betracht kommen — mit lauter Niederlagen belegt.

Und doch führt diese selbe Geschichte Schritt um Schritt unaufhaltsam zum endgültigen Siege! Wo wären wir heute ohne jene „Niederlagen", aus denen wir historische Erfahrung, Erkenntnis, Macht, Idealismus geschöpft haben! Wir stehen heute wo wir unmittelbar bis vor die Endschlacht des proletarischen Klassenkampfes herangetreten sind, geradezu auf jenen Niederlagen, deren keine wir missen dürfen, deren jede ein Teil unserer Kraft und Zielklarheit ist.

Es ist da mit Revolutionskämpfen das direkte Gegenstück der parlamentarischen Kämpfe. Wir hatten in Deutschland hinter uns eine Jahrzehnte lange parlamentarische „Siege", wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der ersten geschichtlichen Probe am 4. August 1914: eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispiellos Bankrott. Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen geradezu Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges.

Allerdings unter einer Bedingung. Es fragt sich, unter welcher Bedingung die jeweilige Niederlage davongetragen wurde: ob sie sich dadurch ergab, daß die vorwärtsstürmende Kampfenergie der Massen an die Schranken der mangelnden Reife der historischen Voraussetzungen gepreßt, oder aber ob durch, daß die revolutionäre Aktion selbst durch Halbheit, Unentschlossenheit, innere Schwächen gelähmt war.

Klassische Beispiele für beide Fälle sind einerseits die französische Februar-Revolution, anderseits die deutsche März-Revolution. Die heldenmütige Aktion des Pariser Proletariats im Jahre 1848 ist der lebendige Quell der Klassenenergie für das ganze internationale Proletariat geworden. Die Zimmerlichkeiten der deutschen März-Revolution hingen der ganzen modernen deutschen Entwicklung wie Fußkugeln an. Sie wirken durch die besondere Geschichte der offiziellen deutschen Sozialdemokratie bis in die jüngsten Vorgänge der deutschen Revolution — bis in die eben erlebte dramatische Krise noch.

Wie erscheint die Niederlage der sogenannten „Spartakus-Woche" im Lichte der obigen historischen Frage? War sie eine Niederlage aus stürmender Revolutionsenergie und unzulänglicher Reife der Situation oder aber aus Schwächlichkeit und Halbheit der Aktion?

Beides: Der zwiespältige Charakter dieser Krise, der Widerspruch zwischen dem kraftvollen, entschlossenen, offensiven Auftreten der Berliner Massen und der Unentschlossenheit, Zaghaftigkeit, Halbheit der Berliner Führung ist das besondere Kennzeichen dieser jüngsten Episode.

Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese „Niederlage" zu einem Gliede jener historischen Niederlagen gestaltet, sie sind der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus. Und darum wird aus dieser „Niederlage" der künftige Sieg erblühen.

„Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „rasselnd wieder in die Höhe richten" und euerem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein!

Karl Liebknecht: Trotz alledem!

(Erschienen in der „Roten Fahne" vom 15. Januar 1919)

Generalsturm auf Spartakus! „Nieder mit dem Spartakus!" heult es durch die Gassen. „Packt sie, peitscht sie, sticht sie, schießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen!" Greuel werden verübt, die jene belgischen Greuel deutscher Truppen in den Schatten stellen.

„Spartakus niedergerungen!" jubelt es von „Post" und „Vorwärts". „Spartakus niedergerungen." Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wiederhergestellten altgermanischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln.

„Spartakus niedergerungen." Unter den Bajonetten des Obersten Reinhard, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden. — ein Plebiszit für Napoleon-Ebert.

„Spartakus niedergerungen." Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins. Jawohl! In Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten! — Jawohl! Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung. Und die ungeheure gegenrevolutionäre Schlammflut aus den zurückgebliebenen Volkskreisen und den besitzenden Klassen ersäufte sie.

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, daß sie geschlagen wurden. Denn die Zeit war noch nicht reif. Und dennoch — der Kampf war unvermeidlich. Denn das Polizeipräsidium, dieses Palladium der Revolution, den Eugen Ernst und Hirsch kampflos preisgegeben, wäre ehrlose Niederlage gewesen. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Bande, und elementar drängt er aus den Berliner Massen hervor — über alle Zweifel und Bedenken hinweg. — Jawohl, die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen. — Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bureaukratie, die Junker von Schloß und Kraut, die Waffen und Geldsäcke, und alles, was ungebrüllig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben, Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind, und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden, sie haben um Großes gestritten, um edelste Ziele der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenden Massen. Sie haben nur heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament. Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein, denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das Proletariat der revolutionären Ueberlieferung und Erfahrung. Und nicht anders als in tastenden Versuchen, in jugendlichen Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet. Für die lebendigen Urkräfte der Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage: Aufpeitschung.

Und über Niederlage und Niederlage führt der Weg zum Siege.

Die Sieger aber von heute? Für eine ruchlose Sache verrichten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen, denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als Werkzeuge zu gebrauchen dachten und deren Werkzeuge sie seit je waren. Noch geben sie der Firma den Namen, aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen. Schon stehen sie am Pranger der Geschichte, nie waren solche Infame auf der Welt, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlugen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1914 tiefer sank, als jede andere, so bietet sie jetzt beim Morgengrauen der sozialen Revolution das abscheuerregendste Bild.

Die französische Bourgeoisie mußte die Junischlächter von 1848 und die Maischlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen — „Sozialdemokraten" vollführen das schmutzig-verächtliche Werk, das blutige, feige Werk, ihr Cavaignac, ihr Gallifet heißt: Noske, der „deutsche Arbeiter".

Glockengläute rief zur Schlächterei; Musik und Tücherschwenken, Siegesjubel der vom „bolschewistischen Schrecken" geretteten Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwebt der Brand des Arbeitermordes nieder, liegen die getöteten, noch stöhnen die verwundeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgeblüht im Siegerstolze, die Ebert, Scheidemann und Noske.

Drachensaat! — Schon wendet sich das Proletariat der Welt schaudernd von ihnen, die es wagen, ihre vom Blut der deutschen Arbeiter dampfenden Hände der Internationale entgegenzustrecken! Mit Abscheu und Verachtung werden sie sogar von denen zurückgestoßen, die im Tiefen des Weltkrieges selbst die Pflichten des Sozialismus preisgegeben hatten. Beschmutzt, ausgespien aus den Reihen der anständigen Menschheit, hinausgepeitscht aus

Volksentscheid gegen die Fürsten ist Blödsinn!

Der Sekretär des ADGB. Körpel für das Privateigentum der Fürsten

Berlin, den 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Gau Nordwestdeutschland des ADGB. hatte eine Delegation nach Berlin entsandt, um mit den politischen Parteien über ihre Stellung zur Fürstenabfindung Fühlung zu nehmen. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses Kahl (Volkspartei) erklärte die Frage der Fürstenabfindung als eine Frage des Rechtes. Der Vertreter Dr. Bell (Ztr.) erklärte, über seine Stellung im Rechtsausschuß über die Frage der Fürstenabfindung keine Erklärung abgeben zu können, da seine Fraktion dazu noch nicht Stellung genommen habe.

Der Sozialdemokrat Landsberg hatte für die Delegation überhaupt keine Zeit. Der Abgeordnete Neubauer von der KPD.-Fraktion erklärte, daß seine Fraktion für restlose Enteignung der Fürsten eintreten würde.

Beim ADGB. wurde die Delegation durch den Sekretär Clemens Körpel empfangen, der die Stellungnahme des ADGB. folgendermaßen zum Ausdruck brachte: Die Fürstenabfindung ist eine politische Angelegenheit und liegt den Parteien des Reichstages ob. Was der Reichstag in dieser Sache beschließt, erkennen wir an und pfuschen auf keinen Fall dazwischen. Das deutsche Volk hat diesen Reichstag selbst gewählt und muß nun auch die Suppe auslöffeln und die Folgen tragen.

Die Erwiderung: Dann doch den Reichstag auflösen, beantwortete Körpel mit den Worten:

Das wäre genau so ein Kohl wie die Forderung des Volksentscheides. Was die Fürsten an Privatvermögen besitzen steht ihnen rechtlich zu. Die Fürsten haben ihr Vermögen genau so erworben (!) wie die Großindustriellen. Der Aktionsausschuß könnte dann ja ebenfalls verlangen, daß die Industriellen enteignet werden. Was die Forderung betrifft, die Kuzzinsky stelle, so sei das hoher Blödsinn, man könne den Fürsten doch nicht das Schwarze unter den Fingernägeln wegkratzen.

Körpel erklärte weiter, es gelte um Mark, was die große Masse des Proletariats zu seinen Ausführungen sagen würde. Der ADGB. weiß selbst, was er zu tun habe.

Jeder Kommentar zu dieser unverschämten Provokation der Arbeiter bei der Frage der Ausplünderung der werktätigen Massen durch das räuberische Fürstengesindel würde nur abschwächen. Die Arbeiter müssen den Druck auf die gewerkschaftlichen Organisationen hundertfach verstärken und die breiten Schichten der Arbeiter für den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung mobilisieren. Die offene Unterstützung der Machtgelüste durch den ADGB.-Sekretär muß stürmischen Massenprotest der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auslösen und der Anlaß sein, die gemeinsame Kampffront der Kommunisten und der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gegen die Schandtaten der Reformisten zu schließen.

700 Prozent Aufwertung — aber nur für die Fürsten

Berlin. (Eigene Drahtmeldung.) Im Rechtsausschuß des Reichstags erklärte der demokratische Abgeordnete von Richthofen, daß es sich bei den Mecklenburger Fürstenabfindungen um eine Aufwertung von 700 Prozent handele! Daraufhin wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dieser Angelegenheit sofort einen Vertreter der mecklenburgischen Regierung hinzuzuziehen.

Die Braun-Regierung verschenkt Millionen

An geflüchtete und abgesetzte Fürsten werden Renten gezahlt.

Der Fürstenabfindungsskandal treibt — um es noch gelinde auszudrücken — seltsame Blüten. Jetzt wird bekannt, daß nicht nur die Hohenzollern, Zähringer usw. ihre Kinder bis ins siebente Geschlecht, ihre Huren und deren Bälger Renten erhalten haben und noch beanspruchen, sondern auch die kleinen Gernegroße, jene Herren, die schon vor dem Kriege nichts zu sagen hatten, erhalten seit Jahr und Tag ganz nette Einkünfte aus dem Staatssäckel, d. h. den Taschen der Steuerzahler.

Bis zum Jahre 1923 hat der preußische Staat auch Gelder an die sogenannten Depossedierten gezahlt. Das sind jene Liliput-Potentaten, die durch die Bismarcksche Politik ihre Länder verloren. Dann hatte er sie eingestellt, und seit Januar zahlt Preußen wieder weiter. Allerdings „nur" 30 Prozent. Die Aufwertung soll aber bis zu 45 Prozent gehen können.

Der Landgraf von Hessen verlangt jährlich 606 720 Mk., sein Bruder 66 000 Mk., die Linie Holstein-Sonderburg-Augustenburg und Glücksburg rund eine halbe Million. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen will „nur" 75 000 Mk. jährlich, die Linien Hessen-Philippsthal und Hessen-Barchfeld je 150 000 Mk. Da die Linie Philippsthal ausgestorben ist, fordert Barchfeld das Geld für sich. Also zahlt Preußen für gestorbene Fürsten Renten an die habgierigen Vettern.

Dann kommen die „Handelsherren", die ihre „Rechte" aus dem Jahre 1815 herleiten. Fürst v. Salm-Horstmar, Besitzer von rund 40 000 Morgen Land, ist mit 60 000 Mk. Jahresrente, Fürst von Salm-Salm, der ebensoviel Landbesitz hat, mit 40 000 Mark zufrieden. Herzog von Croy 18 000 Mark, Herzog von Arenberg 30 000 Mark, er besitzt 132 000 Morgen Land und ausgedehnte Bergregale, die Linien Neuwied 45 000 Mark, die beiden Linien Wittgenstein 29 000 Mark.

Die nackte Aufzählung dieser Vampire am Volksvermögen dürfte genügen, jedem Arbeitenden klar zu machen, daß es an der höchsten Zeit ist, durch einen Volksentscheid die weitere Ausplünderung des Volkes zu unterbinden. Als ein besonderer Skandal muß bezeichnet werden, daß die preußische Braun-Regierung noch an diese Parasiten Zahlungen leistet.

Fürsten verkaufen Volkseigentum ans Ausland

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestern stattgefundenen Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages fragte der kommunistische Abgeordnete Neubauer, ob denn die Regierung endlich antworten wolle auf die Mitteilung, daß der ehemalige Herzog von Gotha die ihm ausgelieferten Domänen und Forsten im Ausland verkaufen bzw. hypothekarisch belasten wolle. Es stellte sich heraus, daß keine Antwort eingegangen war. Der anwesende thüringische Ministerpräsident erklärte, er wisse bis jetzt „nichts Genaues". Das bedeutet, daß die Regierung nicht die Absicht hat, dieser Verschleuderung von erpreßtem Volksvermögen durch den ehemaligen Herzog auch nur entgegenzutreten.

Das Nein der Sozialdemokraten

Wer hat es verursacht?

Das Zentrumsblatt in Berlin, die „Germania", untersucht die Frage, worauf eigentlich die Ablehnung der Großen Koalition durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zurückzuführen sei. Sie hält es für ausgeschlossen, daß die Ablehnung erfolgte, weil das Programm der SPD. bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe gefunden hat. Sie sieht die Ursache für den Beschluß vielmehr in dem Druck der Massen:

„Die sozialistische Entscheidung ist eben von der sozialistischen Masse bestimmt worden, instinktiv klassenkämpferisch und unpolitisch ... Die sozialistische „Leipziger Volkszeitung" spürt, daß es jetzt darauf ankomme, die Bahn für eine demokratische Politik freizumachen, nicht, wie sie das Zentrum und die Deutsche Volkspartei wollten, sondern wie es das Interesse der Arbeiterklasse fordere ... Wenn man sich die Frage stellen wollte, ob sich die Sozialdemokraten in ihrer heutigen politischen Verfassung nochmals für eine Präsidentschaftskandidatur Marx begeistern lassen würden, so dürfte wohl schwerlich bejaht werden. Der radikalere Sozialismus Mitteldeutschlands führt das stärkere Ruder." ... „Sozialistische Oppositionshaltung und residierte kommunistische Taktik sind die Brückenpfeiler für eine gewisse Annäherung der parteipolitisch getrennten Massen geworden, die sich bereits dumpf anzeigt, jedenfalls das antikapitalistische Klassenempfinden in den sozialdemokratischen Reihen, allen Braun, Severing, Scheidemann und Breitscheid zum Trotz, neu belebt haben."

Dieses Erwachen des Klassenbewußtseins, die Ablehnung der Großen Koalition und die Forderung nach einer Koalition der Arbeiterklasse ist dem Zentrumsblatt begreiflicherweise sehr unangenehm. Um diesen Prozeß, der in der Tat ganz offensichtlich ist, zu stören, empfiehlt die „Germania" der neuen Reichsregierung größere Nachgiebigkeit gegenüber sozialdemokratischen Anträgen. Die „Germania" weiß aber noch ein Mittel, um die SPD.-Führer zum Kampfe gegen die Radikalisierung der Massen zu ermuntern. Sie droht damit, daß die SPD. — regierungsunfähig werden könnte, was sie trotz ihres Beschlusses noch nicht sei, aber wofür sie auch von dem Zentrum in Zukunft erklärt werden könnte. Diese erschreckliche Drohung wird bei den sozialdemokratischen Arbeitern nur Befriedigung auslösen; je mehr die bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokraten zetern, um so mehr werden sie sich auf dem Wege zur richtigen Politik befinden.

Was nun?

Ein SPD.-Blatt für den Linksblock der Arbeiter

Die rechtssozialistischen Blätter beeilen sich, zu erklären, daß die Ablehnung der Großen Koalition keine grundsätzliche oder dauernde Verwerfung des Zusammengehens mit der Volkspartei bedeutet. Diese Zeitungen, voran der „Vorwärts", empfehlen deshalb die Fortsetzung einer anonymen Koalitionspolitik. Die SPD. solle sich nach keiner Richtung hin binden, sondern von Fall zu Fall ihre Entscheidung treffen. Das würde auf eine versteckte Koalition für die Gegenwart hinauslaufen, und eine offene Koalition für die Zukunft ermöglichen.

Bei diesen Ankündigungen dürfen die sozialdemokratischen Arbeiter auch nicht den Versicherungen der Koalitionsfreunde innerhalb der SPD. Glauben schenken, daß die Befürworter der Großen Koalition sich dem Mehrheitsbeschluß der Fraktion unterwerfen würden. Vielmehr werden die Braun, Scheidemann und andere im stillen weiter wühlen um möglichst bald den Beschluß der SPD.-Fraktion abzuändern. Die SPD.-Mitglieder wollen dagegen eine konsequente Fortsetzung des ablehnenden Beschlusses. Das geht, wenn auch nur verschwommen, aus den Aeußerungen einiger sogenannten linken Blätter der SPD. hervor.

Die Chemnitzer „Volksstimme" z. B. schreibt, daß „sich in der Sozialdemokratie neue unbekannte Kräfte regen, die hart und entschlossen den Kampf aufzunehmen gewillt sind".

Die „Leipziger Volkszeitung" spricht das noch deutlicher aus:

„Der Beschluß (Ablehnung der Großen Koalition) ist ein hörbarer Ruck nach links, der zwar immer noch eine tiefe Kluft zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten bestehen läßt. Trotzdem werden die Gegensätze abgeschliffen und die neue Politik Sowjetrußlands wird einer Linksblockentwicklung in Deutschland nicht hinderlich sein. ... In der gesamten sozialistischen Internationale macht sich eine entschiedene Linksentwicklung geltend. Wir hoffen, daß Sachsen davon nicht ausgeschaltet bleibt. ... Jetzt liegt es nun an den Funktionären draußen im Lande, dafür zu sorgen, daß der Linkskurs beibehalten bleibt."

Die „Leipziger Volkszeitung" nennt auch die Saboteure dieser Linksentwicklung, die allerdings durch den Beschluß der SPD.-Fraktion nur sehr unzureichend ausgedrückt worden ist. Nach den Mitteilungen der „Leipziger Volkszeitung" **ist die Leitung des ADGB. in den letzten Tagen noch ausdrücklich für die Große Koalition eingetreten.** Es muß befürchtet werden, daß der ADGB. durch seinen großen Apparat auch jetzt wieder im Sinne der Großen Koalition wirken wird. **Eine wirkliche Garantie für die Vermeidung der Großen Koalition und für eine konsequente Klassenkampfpolitik kann nur das Zusammengehen mit den Kommunisten außerhalb des Parlaments bieten.** Die „Leipziger Volkszeitung" selbst wird sich über diesen Punkt noch deutlicher aussprechen müssen, wenn es ihr mit der Linksentwicklung der SPD. und der Bildung eines Arbeiterblocks in Deutschland ernst ist.

Die Fraktionsführer kuhhandeln!

Berlin, 14 Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Luther verhandelte heute mit den Führern der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Die Verhandlungen drehten sich im wesentlichen um die Personalfragen. Es steht gegenwärtig fest, daß Marx Justizminister wird. Koch hat das Innenministerium bisher noch nicht abgelehnt. Als Landwirtschaftsminister wird neben dem bayerischen Bauernbündler Fehr neuerdings auch der Zentrumsabgeordnete Crone-Münzebrock genannt. Die „Tägliche Rundschau", das Organ der Deutschen Volkspartei, polemisiert gegen die „Germania", weil diese in einem Fernbleiben der SPD.-Führer aus der Regierung die **„Einigung der sozialistischen Arbeiterschaft unter dem Kommunistenbanner"** befürchtet. Man sieht, daß die Bourgeoisie sehr wohl den starken Druck aus den linken SPD.-Arbeitermassen für die proletarische Einheitsfront spürt.

Die Sekundogenitur 2. Auflage

Wir schrieben gestern, daß die Neubesetzung der Stellen in der Justiz zu einer Errichtung der Sekundogenitur 2. Auflage benutzt werde. Wir geben dabei zu, daß man die Familienangehörigkeit der Familie Bünger, also des Justizministers, einrichte.

Wir gestehen zu unserm Bedauern, uns ist ein Irrtum unterlaufen. Nicht die Familie Bünger, sondern Blüher ist dabei, die Anwartschaft zu erwerben. Herr Stavenhagen ist ein Schwager des Dresdner Bürgermeisters und Vorsitzender der Reinigungskommission. Wenn man zwei Jahre lang ungekrönter König gewesen, dann hat man eben wohlerworbene Rechte.

Diese Art der Beförderung ist aber ein Zeichen dafür, daß nicht die Tüchtigkeit, wie Herr Beutler in einer der letzten Landtagssitzungen meinte, sondern der Verwandtschaftsgrad entscheidend ist. Die Korrektur unseres semitischen Fehlgriffes charakterisiert dieses System nur noch besser.

Millionenunterschlagungen bei der Reichsbahn!

Berlin. (Eigene Drahtmeldung.) **Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat Millionenverluste durch Kreditgewährung und angeblich „leichtfertige Spekulationen untergeordneter Stellen" erlitten. Der bisherige Generaldirektor, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Friedrich, wurde abgesetzt.**

Holzmann entflohen!

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern sollte vor dem großen Schöffengericht in Berlin der große Schieberkorruptionsprozeß gegen Michael Holzmann und den Regierungsrat Bartels, ehemaligen Leiter der Fremdenpolizei, stattfinden. Der Schieber Holzmann war in ein Sanatorium **aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Er erschien nicht zur Verhandlung, sondern hat inzwischen seine Flucht angetreten.** Schieberfreiheit unter unserer schönen Klassenjustiz!

„Kauf von Rußlanddelegierten"

Eine neue Verleumdung der SPD.

Durch die SPD.-Presse geht eine längere Notiz, daß der tschechische Sozialdemokrat Emil Dörfler aus Neubodenbach von den Kommunisten dafür bezahlt wurde, daß er als Delegierter der tschechoslowakischen Arbeiterschaft nach Rußland ging.

Unser Russiger Bruderblatt, die „Internationale", veröffentlicht eine Erklärung des Reichsarbeitsausschusses, der Reichszentrale der Betriebsausschüsse und Betriebsräte, wonach Dörfler 1200 tschechische Kronen erhielt, die ihm als Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst von den Sammelgeldern für Delegationszwecke zustanden. Obwohl Dörfler mehr verdient, hat er nur wöchentlich 200 Kronen verrechnet und das Geld erst so spät erhalten, da die Sammlungen nicht früher eingingen.

Wenn die sozialdemokratische Presse aus diesem Grunde ihren eigenen Genossen einen „Lumpen", „bestochenen Gesellen" und „gutbezahlten Agitator" nennt, so liegt das auf der gleichen Linie der Rußlandhetze der SPD., wie die Ausschlüsse deutscher Delegierter aus der SPD.

---

der Internationale, gehaßt und verflucht von jedem revolutionären Proletarier, so stehen sie vor der Welt.

Und ganz Deutschland ist durch sie in Schande gestürzt. Brutmeister regieren das Volk. Brudermörder. „Schreibtafel her, ich muß es schreiben!" ... O, ihre Herrlichkeit kann nicht lange währen; eine Galgenfrist und sie werden gerichtet sein!

Gewerkschaftsbonzen schleudern ihre Thesen in Millionen Herzen, Hirnen wie der Empörung. — Die Revolution des Proletariats, ist sie im Blute zu ersäufen dachten, sie wird sich über sie erheben, riesengroß. Ihr erstes Wort wird sein: Nieder mit den Arbeitermördern Ebert, Scheidemann, Noske.

Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich feiglich und unfähig erwiesen; geheilt vom Glauben an die SPD., die sie schnöde im Stiche ließ. Nur auf sich selbst gestellt, werden sie künftig ihre Schlachten schlagen, ihre künftigen Siege erfechten. Und das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat auch die bittere Lehre dieser Woche eine neue tiefe Bedeutung bekommen.

Und auch jene irregeleiteten Soldaten werden bald genug besinnen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, wenn sie die Kraute des wiederhergestellten Militarismus von neuem über sich fühlen, auch sie werden erwachen aus dem Rausch, der sie heute umfängt.

„Spartakus niedergeschlagen!" — o gemach! Wir sind nicht geflohen. Und wenn sie uns in Bande werfen, wir sind da — und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. —

Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückseligkeit, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichtes für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin zum Ziel. —

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — haben wird unser Programm, es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruches werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rachebrand heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Rollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühender Asche und Lavatränen begraben.

Der Volksnotopferbetrug vor dem Landtag

Sitzung vom 14. Januar 1928.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erhält das Wort zur Begründung eines sozialdemokratischen Antrages: die Ueberlassung von Schulräumen an Bildungs- und Jugendorganisationen der politischen Parteien betreffend, der Abgeordnete Wedel: Die Schulräume wurden schon vor dem Kriege nicht ausschließlich den Kindern, Lehrern und Eltern überlassen, sondern auch von kirchlichen Organisationen benutzt, nach der Revolution erhielten auch die Arbeitervereine, die vor dem ausgeschlossen waren, Räume zu Veranstaltungen überwiesen. Die Koalitionsregierung hat diese Möglichkeiten wieder aufgehoben und hat den Vorkriegszustand wieder eingeführt. Die Arbeitervereine sind nicht in der Lage, teure Restaurationsräume zu benutzen, vor allen Dingen können die politischen Jugendorganisationen der Arbeiterschaft wegen des Alkoholzwanges nur unter größten Schwierigkeiten in solchen Räumen tagen. Der Redner erklärt, er könne über Dresden nicht klagen, dort seien die Schulen in weitgehendster Weise (?) den Jugendorganisationen zur Verfügung gestellt. Im Interesse der Bildungsbestrebungen und der Kultur bittet der Redner um Annahme seines Antrages.

Kultusminister Dr. Kaiser benutzt die tatsächlich sehr schwächlichen Ausführungen des Abgeordneten Wedel zu einer Verteidigungsrede für die reaktionären Maßnahmen der Koalitionsregierung die sich natürlich lediglich gegen die Arbeiterorganisationen richten. Er weiß ganz richtig noch, daß auch das „Entgegenkommen in Dresden", von dem Abgeordneter Wedel sprach, nur auf Grund falscher Angaben der Organisationen ermöglicht würde, daß es also richtig wäre, wenn man dann offen die Notwendigkeit solcher Forderungen zeigen würde. Er spricht sich natürlich scharf gegen den Antrag aus. Der Deutschnationale Grellmann beschwört den Landtag, mit Hinweis auf „die kommunistische Verseuchung der Jugend", diese Bestrebungen unmöglich zu machen.

Nachdem noch ein Volksparteiler in dieselbe Kerbe gehauen hat, erhält das Wort für die kommunistische Fraktion der Abgeordnete Grenz:

Die minderbemittelten Kreise waren stets darauf angewiesen, für ihre Bildungsbestrebungen Schulräume zu benutzen, vor allem hatten die Arbeiter-Jugend-Organisationen ein Interesse daran, nicht in nikotin- und alkoholgeschwängerter Luft ihren Arbeiten nachzugehen.

Die Kreise, die der Volksbildungsminister vertritt, haben ein Interesse daran, die Schulungs- und Aufklärungsarbeit der Arbeiterschaft zu hemmen. Diesem Bestreben ist die Verordnung gewidmet und nicht den scheinheiligen Gründen vom Schutz der Schule vor der Politik. Heute wird in den Schulen der Koalitionsregierung wüteste Monarchistenpolitik getrieben und das wird systematisch von dem Minister unterstützt. Nicht einmal der Vorbereitungsunterricht für die proletarischen Jugendweihen kann auf Grund der Ministerialverordnung in Schulen abgehalten werden. Man sieht also, daß es sich um einen Vorstoß gegen die proletarische Kulturbewegung handelt, denn diese Regierung denkt gar nicht daran, den politischen Mißbrauch junger Menschen durch Beauftragte der Fememordorganisationen in den Schulen zu verhindern. Die Arbeiterschaft fordert für ihre Organisationen das Recht auf Schulräume, denn sie muß gegen die bürgerliche Gesellschaft die Erziehung ihrer Jugend in die eigene Hand nehmen und unter den schwierigsten Verhältnissen durchführen. Wir treten für diesen Antrag ein und werden im Ausschuß für ihn kämpfen. (Bravo bei den Kommunisten.)

Der Demokrat Dr. Seyfert tröstet in heuchlerischem Tone den Deutschnationalen Hilfsdienste. Die rechte SPD.-Abgeordnete Büttner versucht sich in Deutungskünsten der ministeriellen Verordnung, die sie „nicht ganz so unrecht" findet, es komme eben auf die Auslegung an. Natürlich wendet sie sich gegen die kommunistische Forderung, den proletarischen Parteien überhaupt die Schulräume zu öffnen.

Genosse Renner hebt hervor, daß die Ausführungen der Abgeordneten Büttner ja darauf hinzuweisen scheinen, daß sie selbst den SPD.-Antrag für überflüssig hält.

Das Gerede daß die Schulräume deshalb nicht den politischen Parteien überlassen werden dürfen, um die Schule nicht politisch zu „vergiften", ist lächerlich, denn es handelt sich um eine Zeit, wo der Schulunterricht bereits beendet ist.

Diese Kreise aber wollen nur die politische Aufklärung der jungen Arbeiter verhindern, weil das ihren Interessen zuwiderläuft. Die Formel „reine" oder „allgemeine" Bildung ist so unbestimmbar, daß wohl alle klar darüber sind, daß es sich nur um eine Vermirrungsparole handelt. Die Arbeiterschaft, das zeigt Rußland, hat ein Interesse an klassenmäßiger Erziehung in ihrem Sinne, sie bemäntelt das aber nicht heuchelnd, sondern sie betont, daß sie aus ihren Kindern aufrechte und tüchtige Klassenkämpfer machen will. Es ist ja auch klar, daß schließlich diese Fragen nur durch eine Aenderung der politischen Machtverhältnisse entscheidend beeinflußt werden.

Im Schlußwort wendet sich Wedel gegen den Volksbildungsminister Dr. Kaiser und bemüht an Hand von Beispielen die Schädlichkeit der parteilichen Verordnung und fordert Ueberweisung des Antrages an den Ausschuß A. Der Minister Dr. Kaiser versucht, in einer persönlichen Bemerkung, die Beweise zu entkräften, allerdings vergeblich. (Auf der Linken erhebt sich lärmender Widerspruch.) Der Antrag wird einstimmig dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Volksnotopferbetrug

Zur Begründung des kommunistischen Antrages, das „Sächsische Volksnotopfer" betreffend, erhält das Wort Genosse Dr. Schmincke:

Das „Volksnotopfer" ist nichts anderes gewesen als ein Verwirrungsmanöver, um die sächsischen Arbeiter vom Kampfe gegen die Reichswehraktion abzuhalten. Nun ist dieses „Volksopfer" zu einem unerhörten Skandal der Rechtsparteien geworden. Das Geld, das man mit heuchlerischen Redensarten den Arbeitern und Kleinbürgern aus der Tasche geholt hat, wurde von Leuten aus der „Creme der Gesellschaft" zu gemeinen eigennützigen Zwecken verbraucht. (An Hand von Beispielen beweist Genosse Schmincke, mit welcher Skrupellosigkeit diese Gesellschaft die Not des Volkes zu Sammlungen für ihre Zwecke ausgenutzt haben.) Die „idealistischen" Bestrebungen dieser Kreise bestanden in den verbrecherischen Handlungen zugunsten ihrer Klasse und der eigenen Tasche. Von der Ludendorffspende bis zum „Sächsischen Volksnotopfer" und der „Zeppelin-Spende" zieht sich wie ein roter Faden die Korruptheit dieser Gesellen, die sich würdig der Riedersracht der deutschen Fürsten, in Zeiten schwerster Not ungeheure Summen aus dem Volke zu pressen, anreiht. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß sie diesen Leuten geschlossen entgegentreten muß. Schon rühren sich die Kräfte, um den Fememördern die Flucht zu erleichtern, die Plakate werden abgerissen, die parlamentarischen Vertreter der Rechtskreise treten, wird für diese Organisationen ein. Während die Regierung Arbeitersammlungen verbietet, ermöglicht sie die Finanzierung dieser konterrevolutionären Hilfstruppen. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß sie sich einstellen muß auf geschlossenen Kampf gegen diese verbrecherische Gesellschaft, die in brutalster Weise die Interessen der Werktätigen mit Füßen tritt. Wir verlangen, daß durchgreifende Maßnahmen solche Betrügereien unmöglich gemacht werden. (Bravo bei den Kommunisten.)

Der Sozialdemokrat Feilisch begründet eine Anfrage in derselben Sache damit, daß er wünscht, daß die „sozialistische" Regierung von der Verantwortung für dieses „Volksopfer" befreit wird. Er geht dabei auf den Reichswehreinmarsch 1923 ein und bezeichnet ihn als „den ungeheuerlichsten Verfassungsbruch, der je an einem deutschen Bundesstaat begangen worden sei." Darauf muß er sich gefallen lassen, daß die Kommunisten durch Zwischenrufe betonen, daß dieser ungeheuerliche Verfassungsbruch im Einverständnis mit den sozialdemokratischen Ministern und auf Anweisung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten geschehen sei.

Er erklärt auf einen Zuruf, daß von der Regierung angegeben worden sei, daß die Reichswehr durch Sachsen nur gegen Bayern marschieren wolle, (stürmische Zurufe bei den Kommunisten). Er weist darauf hin, daß die Industriellen verhindert haben, daß die Leitung des Volksnotopfers in die Hände der amtlichen Wohlfahrtsorganisationen gelegt wurde. Im Auftrag der Regierung teilt der Ministerialrat Dr. Meyer mit, daß erst von dem vereidigten Bücherrevisor die Unterschlagungen festgestellt werden konnten, die Summe beträgt 88 679 Mark. Im übrigen kann er auf die Enthüllungen nichts neues hinzufügen.

Die Getroffenen.

Nunmehr erklären die Deutschnationalen und Volksparteiler, daß sie zu gereizt sind, um auf die Angriffe zu antworten. (Stürmische Zurufe links.) Genosse Renner rollt nochmals die politische Bedeutung dieser Unterschlagung auf.

Die Feststellungen der Regierung sind außerordentlich zweideutig. Die Erklärungen der Deutschnationalen und Volksparteiler scheinen mir aber zu beweisen, daß zwischen ihnen und den Leuten des Volksnotopfers sehr enge Verbindungen bestehen. Ich habe nicht den Optimismus, daß das Gerichtsverfahren die Angelegenheit der Unterschlagungen wirklich klären wird. Die Aufdeckung ist ja auch auffallend spät geschehen und es wäre sehr interessant, zu erfahren, seit wann der Abgeordnete Dehne, der ja Vorsitzender des Volksnotopfers war, von dieser Sache gewußt hat. Es kann auch nicht abgeleugnet werden, daß die Regierung und die Sozialdemokratie trotz der Erklärungen Feilischs die volle Verantwortung mitträgt, da sie diese Sache öffentlich gestützt hat, obgleich man sehr bald hätte sehen können, daß es sich hier um eine ganz niederträchtige Täuschung handelt. (Da die Bürgerlichen sich sehr getroffen fühlen, brechen sie in Schmährufe aus. Die Kommunisten antworten sofort, darauf erhält Genosse Liebrasch zwei und Genosse Renner einen Ordnungsruf.)

Der einzige Erfolg der gerichtlichen Untersuchung wird sein, daß die Arbeiter besser sehen können, mit welchem Gelichter sie es in den nationalen Kreisen zu tun haben. Sie werden es nicht versäumen, zu gegebener Zeit ihren Verteidigern die entsprechende Antwort zu erteilen. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Nach einem Verteidigungsversuch Dr. Dehnes erhält Genosse Schmincke das Schlußwort. Er betont, daß die Erklärungen der Rechtsvertreter beweisen, **daß die Deutschnationalen und Volksparteiler nicht wagen können, auf die von Kommunisten erhobenen Anschuldigungen zu antworten.** Die Erklärung Feilischs, daß die Sozialdemokraten geglaubt haben, daß die Reichswehr gegen Hitler marschieren würde, bedeutet zugleich eine politische Bankrotterklärung. Die heutige Debatte habe die Bürgerlichen und die 23 rechten Sozialdemokraten an den Pranger gestellt. (Beifall bei den Kommunisten und auf der Tribüne.)

Nach einigen Erklärungen des Deutschnationalen Kreischmann und des Abgeordneten Feilisch, wird der kommunistische Antrag einstimmig dem Rechtsausschuß überwiesen. Zum Schluß wird noch eine Anfrage der kommunistischen Fraktion: Mißhandlungen einer Arbeiterehefrau in Riesa durch Polizeibeamte, vom Innenministerium Gleembitzka begründet.

Innenminister Max Müller weiß auf die konkreten Angaben nichts weiter zu antworten, als er in das schwebende Verfahren durch irgendwelche Ausführungen nicht eingreifen könne, falls die Schuld der Schupobeamten festgestellt werden müsse, werde er dieselben bestrafen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Die Amnestieanträge im Landtag!

Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung die am 19. Januar 1928 stattfindet, stehen außer den Beratungen über einen Antrag Nebrig, die Organisation der Behörden, für die innere Verwaltung betreffend, und einen volksparteilichen Antrag über die Beseitigung des Visumszwanges im wechselseitigen Verkehr der Länder, als letzter Punkt die Amnestieanträge der Kommunisten und Sozialdemokraten.

Freital

Steigerung der Erwerbslosigkeit

Vom Arbeitsnachweis wird uns geschrieben: Im Monat Dezember sind, wie überall im Reiche, auch die Zahlen der Arbeitsuchenden und Erwerbslosenunterstützungsempfänger im Bezirk des Oeffentlichen Arbeitsnachweises Freital und Umg. stark gestiegen.

Besonders schwer wird von der Arbeitslosigkeit das Baugewerbe im Rabenauer und Wilsdruffer Bezirk, die Metallindustrie und das Tabakgewerbe betroffen. Am Monatsanfang waren 3100 Arbeitsuchende eingetragen, von denen 2160 Erwerbslosenunterstützung bezogen. Im Laufe des Dezember waren verhältnismäßig wenig Vermittlungen und Abmeldungen zu verzeichnen, so daß die Zahl der Erwerbslosen in der 1. Woche auf 3543, in der 2. Woche auf 4242, in der 3. Woche auf 4980, in der 4. Woche auf 5846 und bis zum Monatsschluß auf 6211 stieg. Darunter sind 265 Personen, die infolge eines körperlichen Fehlers nicht mehr voll arbeitsfähig und gegenwärtig nur sehr schwer unterzubringen sind. Erwerbslosenunterstützung bezogen am 31. Dezember in Freital 2469 und in den übrigen Gemeinden des Bezirks 2548, zusammen 5017 Personen (4019 männliche und 998 weibliche). Dazu kommen noch 4444 Zuschlagsempfänger (Ehefrauen und Kinder.) Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sind außer der Stadt Freital noch die Gemeinden Gittersee, Kleinnaßa und Obernaußlitz besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. In Kesselsdorf waren am 31. Dezember 17,2 Prozent der Einwohner arbeitslos.

Meißen!

Bericht des Jugend-Delegierten Haunstein
(Mitglied der SAJ.) über
„Die Lage der russischen Jugend"
Montag den 18. Januar im Gewerkschaftshaus
abends 7,30 Uhr
Jugendliche und erwachsene Arbeiter erscheint in Massen!

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917

Von A. Sierafimowitsch.

(9. Fortsetzung.)

Einer unerträglichen physischen Uebertragung folgend, warfen auch die Soldaten ihre Gewehre beiseite und drangen mit Fäusten auf die Kosaken ein. Unmenschliches Fluchen zitterte über dem Kampf, man hieb aufeinander ein, Faustschläge hagelten auf Kinnladen, Nasenrücken, Augen — krachend, ächzend, schnaubend, und wie ein schwerer Dunst bedeckte alles ein unaussprechliches Fluchen.

Kosakenoffiziere und die Kommandeure der Soldaten rannten mit Revolvern, heiser vor Schreien, zwischen die Kämpfenden, vergeblich bemüht, sie zu trennen, zu zwingen, zu den Waffen zu greifen, nicht wagend, zu schießen — ein unerhörter Menschenknäuel wallte auf der Steppe, ein Knäuel aus Feinden und Freunden — unerträglicher Alkoholdunst strömte von ihm aus.

„Verfluchtes Gesindel ..." schrien die Soldaten, „habt euch den Wanst vollgefressen und habt noch immer nicht genug!"

„Ihr Schweine, ihr habt das heilige Wasser vergiftet!" schrien die Kosaken.

Und wieder stürzten sie sich aufeinander, umklammerten sich in glühenden Umarmungen, drückten sich die Nasen ein und hieben mit Fäusten drein — wie es gerade kam. Der wilde, erbitterte Haß ließ sie die Waffen vergessen, gegeneinander herfallen — man wollte mit eigenen Händen würgen, pressen, brechen, man wollte unmittelbar unter dem Hieb seiner Faust das aufspritzende Blut spüren, und alles bedeckte ein dichtes — es war nicht zum Aufatmen — endloses Fluchen und ein ebenso dichter Schnapsdunst.

Eine Stunde, zwei Stunden dauerte das wilde Handgemenge, das unaufhörliche Brüllen. Niemand bemerkte, wie es dunkel wurde.

Ein Soldat und ein Kosak bearbeiten einander schon seit langem in der Dunkelheit, ächzend, schnaubend — da reißen sie sich auf eine Sekunde los, sehen sich an:

„Bist du's, Oppanas?! Was fällt dir ein, du drischt auf mich ein, als wär' ich eine Garbe auf der Tenne!"

„Du, Mikolka?! ... Und ich dachte, du seist ein Kosak! Daß dich der Satan holt, du hast mir ja die ganze Visage aufgerissen ..."

Sich die blutigen Gesichter wischend, schimpfend, gehen sie langsam zu ihrer Schützenkette, suchen in der Dunkelheit nach ihren Gewehren.

Und daneben verkrampfen sich zwei Kosaken zu einem Knäuel, bald sak der eine, bald der andere auf seinem Gegner, bis sie sich endlich erkannten:

„Du Hund, Verfluchter, du reitest auf mir herum als wie auf einem alten Gaul?!"

„Garaska?! Warum hast du denn nicht geschrien? Du hast immerzu gebrummt, als wärst ein Ochs — ich dachte, du seiest ein Soldat."

Und sich das Blut wischend, gingen sie in der Richtung zum Kosakenlager. Das niederträchtige Fluchen hatte endlich aufgehört, man hörte jetzt wieder das Rauschen des Flusses und das endlose Trommeln der Pferdehufe und der Räder auf den losen Brettern der Brücke — noch immer rollten die Wagen der Bauern. Die schmalen, purpurnen Ränder der schwarzen Wolken wallten, kaum merklich, wie nach einem erlöschenden Feuer. Längs der Gärten lag eine Soldatenkette, ringsherum in der Steppe zogen sich die Schützenketten der Kosaken hin. Man schwieg und lauerte aufeinander.

Noch immer trommelte es über die Brücke. Der Fluß rauschte. Kurz bevor es Morgen wurde, war die Siedlung geräumt. Die letzte Eskadron wirbelte über die Bretter, die Brücke flammte auf, Salven, Maschinengewehrgeknatter verfolgten die Abziehenden.

6.

Durch die Straßen der Siedlung gehen singend, in langschößigen Reitermänteln, Kosaken; auf den zottigen schwarzen Fellmützen schimmern weiße Schleifen, und die Gesichter sind geschmückt: bei dem einen ist das Auge blutrot überlaufen; ein anderer hat anstatt einer Nase einen blutigen Hügel; die Backen sind geschwollen; die Lippen gedunsen — man sieht keinen Kosaken, dessen Gesicht nicht verziert wäre.

Aber sie schreiten munter aus, gehackter, eiserner Takt schlägt durch die aufgewirbelten Staubwolken auf:

„Sie wollten nicht ...
... sie meuterten ..."

klang es über den Gärten, hinter den Gärten, in der Steppe, über die Siedlung hinaus.

„... verloren die Ukraine!"

Kosakenfrauen gehen ihnen entgegen, blicken in die Gesichter, suchen nach den Ihren; manche stürzen jauchzend einem Kosaken entgegen, andere brechen verzweifelt zusammen, heulen auf, die Lieder übertönend; alte Mütter raufen sich das graue Haar — starke Arme tragen sie in die Katen.

„... sie meuterten ..."

Kosakenbuben tummeln sich zwischen den Großen, wo kommen auf einmal die vielen Kinder her, wo sind sie hervorgekrochen? Man hat sie bisher nicht gesehen. Sie rennen und schreien:

„Vater! ... Vater!"

„... Onkel Mikola ... Onkel Mikola!"

„Die Roten haben uns den Stier fortgenommen."

„Ich habe mit meiner Armbrust einem von ihnen das Auge ausgeschossen — er lag betrunken im Garten und schlief."

Statt des früheren rollte sich jetzt ein anderes Lager über die Straßen und Gassen der Siedlung auf — man sah es, daß dieses Lager zur Siedlung gehörte. Schon rauchten die Sommerküchen in allen Höfen. Kosakenmädchen machten sich eilig zu schaffen, irgendwo aus der Steppe trieb man versteckte Kühe ins Dorf; Hühner und Gänse tauchten auf; das Kochen und Braten war in vollem Gange.

Und am Fluß geht eine andere Arbeit vor sich — Aexte schlagen, hämmern, spalten um die Wette, sogar das Brausen des Flusses überrönend; in der Sonne funkelnd, fliegen nach allen Seiten weiße Spähne: die Kosaken eilen, bauen eine neue Brücke, um den Feind noch einholen zu können.

In der Siedlung geht die Formierung von neuen Kosaken-Abteilungen vor sich. Offiziere mit Notizbüchern. Tische stehen mitten auf der Straße, Schreiber stellen Listen zusammen.

Die Kosaken werfen den auf und ab gehenden Offizieren Seitenblicke zu; die goldenen Achselklappen blitzen in der Sonne. Und noch ganz vor kurzem — sechs, sieben Monate ist es her — da sah man ein anderes Bild: auf den Plätzen, in den Straßen der Siedlung, in den Gassen lagen, blutigen Haufen gleich, mit abgerissenen Achselklappen Offiziere herum, die sich von diesen in nichts unterschieden. In Steppen und Schluchten suchten sie Zuflucht, man machte Jagd auf sie, schleppte sie in die Siedlungen, schlug sie nieder, erhängte sie — tagelang hingen sie an den Pappeln, den Raben zur Freude.

SLUB
Wir führen Wissen.

Dresden

Zum 15. Januar

Und wenn ihr uns in Ketten schlagt,
Wir werden dennoch siegen!
Und wenn ihr martert uns und plagt,
Wir werd'n nicht unterliegen!
Und wenn ihr aber Tausend sperrt
Ans Zuchthaus lange Jahre,
Und wenn ihr uns zum Richtblatz zerrt —
Doch schmettert die Fanfare
Des Kampfes stolz in aller Welt!
Ihr könnt uns nicht entzweien —
Und wenn im Kampfe einer fällt,
Zehn andre füll'n die Reihen! —
Ihr hießet eure Söldnerbrut
Die Allerbesten morden,
Vergossen haben Liebknechts Blut
Und Rosas: eure Horden,
Die ihr aus eurem sichern Hort
Zu dieser Tat gedungen.
Ihr habt die Macht mit Meuchelmord
Und nicht im Kampf errungen.
Doch hört es: Wir, wir schwören Haß
Euch, feige Henkerskneechte,
Und Rache, ohne Unterlaß! —
Wenn einst für seine Rechte
Das Arbeitsvolk die Macht ergreift,
Dann werden wir euch richten —
In Rache und in Haß gereift,
Die Mörderreihen lichten:
Die Toten treten auf den Plan
Als Zeugen eurer Taten,
Und ihr — ihr Meuchelmörder, dann
Als Todeskandidaten!

B. Str.

Aus dem Stadtparlament

Gemeinsame öffentliche Sitzung beider städt. Körperschaften.

Stadtrat Nedberg gibt einen Rückblick über die Entwicklung der Musikinstrumentensteuer, die als eine Blüte der Inflationsperiode angesehen werden müßte. Er erklärt, daß bei dem jetzigen Stande der städtischen Finanzen an eine sofortige Aufhebung nicht gedacht werden könne, sondern macht den Vorschlag, die Steuer erst mit Schluß des Geschäftsjahres 1927 fallen zu lassen. Augenblicklich könnte man nur so weit entgegenkommen, daß denen, die Instrumente zu ihrem Unterhaltserwerb benötigen, die Steuer erlassen würde.

Der Sprecher der kommunistischen Fraktion Zinke wendet sich gegen die Steuer, die eine ungerechte sei, und außerdem vom Mai überhaupt nicht mehr in den Haushaltsplan übernommen werden könne, da sie schon früher von den Stadtverordneten abgelehnt worden sei. Ihm schlichen sich fast alle Redner der Fraktionen an.

Vor der namentlichen Abstimmung gab der Stadtrat Hamisch im Namen der kommunistischen Stadtratsfraktion die Erklärung ab, daß seine Fraktion auch im Rate immer, im Gegensatz zu anderen proletarischen Vertretern, die heute noch nicht mal anwesend sind, die Interessen der Arbeiterschaft vertreten habe. Die Vorlage des Rates wurde mit 56 gegen 15 Stimmen von den Stadtverordneten abgelehnt. Im Ratskollegium stimmten 4 Stadträte mit der Mehrheit der Stadtverordneten.

Nach Erledigung verschiedener Vorlagen ohne Abstimmung tritt das Kollegium in die Beratung der Frage über **das Einhaltsystem in den Krankenhäusern** ein. Der Vorschlag der Mehrheit, der wohl ein Aufheben der ersten Klasse in Krankenhäusern vorsieht, aber den Aerzten erlaubt, private Kranke in den Krankenhäusern aufzunehmen und Einzelzimmer zur Verfügung zu stellen, wird illusorisch gemacht. Die kommunistische Fraktion, die ein Minderheitsgutachten zu dieser Frage eingereicht hatte, erklärt hierzu, daß der Vorschlag der Mehrheit den alten Zustand nicht aufhebe. Sie verlangt die vollkommene Beseitigung der ersten Klasse, damit die Einzelzimmer den Kranken zugute kommen, die unbedingt separiert liegen müssen, was bisher nicht immer der Fall war. Der kommunistische Vorschlag wird abgelehnt.

Eine Vorlage des Rates, der Landessiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim" einen einmaligen Beitrag von 100 000 Mark zu gewähren, wird angenommen.

Stadtv. Metzner (Kommunist) verliest folgende kurze Anfrage:

„Was ist auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten vom 10. Dezember 1925, die Milderung der Not der Erwerbslosen betreffend, von seiten des Rates getan worden?"

Es liegt die Antwort des Rates schriftlich vor, in welcher gesagt wird:

„Die als Notstandsarbeiten beantragten Arbeiten sind genehmigt und aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bezuschußt worden. Die Arbeiten sind zum Teil bereits begonnen, zum Teil werden sie, sobald die Witterung es erlaubt, in Angriff genommen. Im ganzen können bei den Notstandsarbeiten rund 1000 Erwerbslose beschäftigt werden. Außerdem sind bei den Geschäftsstellen des Rates zusammen 2000 Arbeitskräfte — meist Saisonarbeiter — nicht entlassen worden, so daß ein Ansteigen der Erwerbslosigkeit durch Zugang städtischer Arbeitskräfte verhindert wurde."

Zum Schluß wurde ein **Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion** behandelt, in dem gegen die Arbeitsordnung für die Notstandsarbeiten Stellung genommen wird. Genosse Wagner verliest die Arbeitsordnung, die den Notstandsarbeitern nur Pflichten, aber keine Rechte, noch nicht einmal das durch Reichsgesetz gewährleistete Recht auf Bildung von Arbeiterräten, zubilligt werden.

Dem Dezernenten des Arbeitsnachweises, der die Stadtverordneten durch sein unerhörtes Benehmen provozierte, wurde von dem Gen. Schrapel die gebührende Antwort gegeben. Zum Schluß sagte Gen. Wagner dem Stadtrat Krumbiegel folgendes:

„Herrn Stadtrat Krumbiegel kann ich im Namen unserer politischen Freunde unseren Dank für sein provozierendes Verhalten aussprechen, weil es dazu beiträgt, in der Arbeiterschaft recht schnell jene Stimmung zu erzeugen, die nötig ist, um ihre Klassenherrschaft zu stürzen."

Nach der öffentlichen Sitzung tritt das Kollegium zu einer geheimen Sitzung zusammen.

Man kann schon mit geringem Einkommen auskommen!

„Meine Frau richtet sich ein — sie schneidert selber für sich und die Kinder — sie wäscht — sie bohnt sogar die Schuhe der Kleinen — und nebenbei hat sie noch eine Aufwartestelle.

Wo wäre ich, wenn ich nicht eine solche praktische und fleißige Hausfrau hätte. Sie ist dabei so ruhig und bescheiden . . . ."

Wheteal Kochrezept
Wir sind so dick und kugelrund,
weil Margarine so gesund,
man nimmt ein Pfefferkorn hinein!
und der Erfolg wird riesig sein!

Es gibt Millionen dieser sparsamen Hausfrauen, die aus „Nichts" in tagelangen Mühen „Wunder" zustande bringen. Die dem Mann die Sorgen fortzaubern durch ihre fleißigen Hände. Die deutschen Dichter haben sie in allen Schattierungen besungen.

Wird das Gehalt des Mannes abgebaut, dann sind sie es, die ihn trösten: „Laß nur, ich richte mich ein, wir brauchen ja nicht zweimal Fleisch in der Woche. In der Hausfrauenzeitung habe ich sogar gelesen, daß übermäßiger Fleischgenuß schädlich ist."

Stolz erzählt sie den Verwandten, was sie mit einem Stück Rindfleisch alles anstellt, bis es endlich als Festbraten verzehrt wird.

„Wir werden schon auskommen, tröstet sie den lieben, guten Mann, und er zieht die Schlafkappe, die ihm beinahe vor Erregung über den Gehaltsabbau von den Ohren gerutscht wäre, wieder über.

Lieschens neues Sonntagskleid
aus Vaters linkem Hosenbein!
das reizende Modell wurde
aus ein paar schadhaften Stellen
hergestellt

Das ist das Lied von der braven Frau. . . . Die Kinder sehen bleich und mager aus, ihnen bekommt die „Einrichtung" der Mutter schlecht. Sie selbst schleppt sich müde und krank einher. Sie opfert Jahre ihres Lebens und das ihrer Kinder.

Das primitivste Tier wehrt sich, wenn man seinen Kindern die Nahrung nimmt — es begibt sich in Gefahr, um seine Kleinen gut zu ernähren. Die menschliche Hausfrau aber glaubt, sie tut ein gutes Werk, wenn sie sich „einrichtet" und Kindern und Mann das Fleisch und die Butter nimmt. Sie hat nicht den Mut für ihre Kinder zu kämpfen, wie es das Tier tut. Anstatt mit dem Mann gemeinsam gegen den Lohnabbau zu kämpfen, den Mann zu überzeugen von der Notwendigkeit dieses Kampfes, untergräbt sie seinen Kampfwillen — lenkt ihn ab von dem einzigen richtigen Weg, den es aus diesem Elend gibt, den Kampf gegen das Ausbeutersystem.

Wilhelm
Mutter, sieh nur das reizende Kleid, das ich mir aus Großmutters Kaffeetischdecke gemacht habe!

Frauen tragen doppelten Fluch; sie unterstützen den Kapitalismus, indem sie billiger arbeiten, aber das nicht allein, sie bestärken ihn stündlich und täglich in seiner Raubgier, sie sind seine beste Stütze.

Die deutschen Kapitalisten, die den Arbeiter, den kleinen Beamten jetzt bis zum Weißbluten auspressen, sie verlassen sich auf das Geschick der Frauen, die es immer wieder versuchen, sich „einzurichten".

So verrät die Frau sich und ihre Kinder — unterstützt durch bürgerlich-kapitalistische „Hausfrauenzeitungen" und Sonntagsblättchen — die sich so nett lesen lassen —.

Hausfrauen!

nicht einrichten, sondern kämpfen müßt ihr für die Verbesserung eurer Lebenslage!

Hast Du Ihn gesehen?
den ersten proletarischen Großfilm aus Sowjetrußland
„Sein Mahnruf"
und den Empfang der deutschen Arbeiterdelegation in Sowjetrußland?
Erstaufführung in Dresden
Sonnabend, den 16. Januar 1926, in den „Annensälen".

Achtung! Genossinnen und Genossen! In Dresden soll eine kleine Theatergruppe zusammengestellt werden. Nehmt Stellung in den Zellengruppen und macht Vorschläge aus den Stadtgebieten. Die anderen UB. werden ersucht, aus eigenen Kräften eine Gruppe zusammenzustellen. BZAK. Ost.

Die Elektrizitätswache in Dresden-Leipzig, Körnerplatz 2, wird am 15. d. Mts. nach dem Elektrizitätswerk Dresden-Tolkewitz, Schlömilchstr. 4, verlegt. Fernsprechanschlüsse 30109, 31337.

Vorübergehende Aenderungen im Straßenbahn-Nachtwagenverkehr. Wegen Auswechslung von Fahrdrähten treten in der Nacht von Freitag den 15. zu Sonnabend den 16. d. Mts. von 1 bis 4,30 Uhr früh folgende Aenderungen im Nachtwagenverkehr ein: Linie 1: Die Wagen verkehren zwischen Blasewitzer und Ludwig-Hartmann-Straße in beiden Richtungen über Barbarossaplatz—Augsburger Straße. Linie 18: Die Wagen verkehren nur ab und bis Bartelsdorfplatz. Linien 7 und 20: Die Wagen verkehren nur ab und bis Löbtauer/Tharandter Straße.

Aufklärung einer schweren Bluttat. Am 24. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr war der Kassenbote der Sächsischen Webstuhlfabrik in Chemnitz bei der Rückkehr vom Postamte überfallen worden. Der Täter hatte den sich wehrenden Kassenboten an der Kehle gefaßt, ihm die Posttasche entrissen und schließlich beim weiteren Ringen mit drei Schüssen niedergestreckt. Der Kassenbote ist seinen Verletzungen erlegen. Der Täter war mit der geraubten Tasche unerkannt und ungesehen nach dem Klinkwalde entkommen. Am 12. Januar kam bei der hiesigen Kriminalpolizei der am 23. Januar 1894 in Meißen gebürtige Arbeiter Richard Lippert, bisher in Chemnitz wohnhaft, wegen einer nicht besonders schwerwiegenden Sache zur Haft. Dem bearbeitenden Beamten fiel das Wesen des Lippert auf. Er gab sich deshalb noch nicht zufrieden, als er Lippert mehrere Straftaten nachgewiesen hatte, und schließlich gestand ihm dieser den bisher ungeklärten Raubüberfall in allen Einzelheiten ein, insbesondere auch, daß er von vornherein die Absicht gehabt hatte, den Kassenboten niederzuschießen, wenn er sich zur Wehr setzen würde.

VOM TAGE

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten in Bautzen. Am Montag früh hat sich in der Artilleriekaserne in Bautzen der Obergefreite Georg Murmann erschossen. Als Grund der Tat werden Unstimmigkeiten in der von ihm verwalteten Kasse, die er demnächst abzugeben hatte, angegeben.

Familiendrama. Berlin. Der Maurer Brall hat in seiner Wohnung seine Frau durch einen Schlag mit einem stumpfen Instrument getötet und dann, nachdem er die Gashähne geöffnet und sich die Pulsadern durchgeschnitten hatte, sich zu erdrosseln versucht. Der Mann wurde ins Krankenhaus übergeführt. Motiv der Tat: Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Schwere Grubenexplosionen

Dortmund. Wie das Preußische Oberbergamt mitteilt, sind am 12. d. Mts. gegen 9 Uhr abends auf Zeche „Vereinigte Treppe" in Sillschede durch Explosion unter Tage zwei Bergleute getötet und fünf verletzt worden. Von den beiden Toten wird noch ein Mann vermißt. Drei der Verletzten befinden sich in Lebensgefahr.

Nagasaki. In einem Kohlenbergwerk bei Takamatsu hat die Entzündung von Grubengasen eine Explosion herbeigeführt, bei der ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden. Unmittelbar nach dem Unglück versuchte eine Rettungsabteilung von 16 Mann in den Schacht einzudringen, als mehrere neue Explosionen erfolgten, von denen, wie Ueberlebende berichten, die Rettungsmannschaften vollkommen zerstückelt wurden.

Tokio. (United Preß.) In einem Kohlenbergwerk in der Präfektur Fukuoka erfolgte eine Explosion. 50 Bergleute konnten sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen, so daß über ihr Schicksal Ungewißheit herrscht. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Das Ende der Osagen

Das gruseligste der Wildwest-Abenteuer, die uns in Romanen erzählt werden, wird übertroffen durch einen Prozeß, der jetzt zu Tulsa, einem der Weststaaten der Union, zur Verhandlung kommt. Angeklagt ist ein reicher Viehmagnat, W. K. Hale, gewöhnlich der „König der Osagenhügel" genannt, und mit ihm eine ganze Reihe von Helfershelfern, die beschuldigt werden, einen ganzen kleinen Stamm der Osageindianer ausgerottet zu haben, um in den Besitz der ihnen gehörenden Petroleumfelder zu gelangen. Der Osagenstamm ist der reichste in Amerika, denn auf seinem Schutzgebiet sind große Petroleumlager gefunden worden. Vor drei Jahren wurde nun dieses Gebiet zum Schauplatz einer Reihe furchtbarer Mordtaten, 20 Indianer eines Osagenstammes wurden ermordet mit dem Ergebnis, daß Mollie Burkhart, die Frau von Ernest Burkhart, dem Neffen Hales, die alleinige Eigentümerin der Petroleumfelder des Stammes wurde. Ein aus dem Zuchthaus entlassener Einbrecher, Bert Lawson hat nun ein Geständnis abgelegt, daß er von Hale angestiftet worden sei, das Haus einer Osagin, der Frau eines weißen Farmers Smith, durch ein Bombenattentat zu zerstören, wobei Smith selbst sowie seine Frau und Schwägerin getötet wurden. Bald darauf wurde Georg Großherzog, der Sohn des verstorbenen Häuptlings des Osagenstammes, vergiftet aufgefunden, und 16 andere Indianer, die zu dem Stamm gehörten, wurden entweder vergiftet oder aus dem Hinterhalt erschossen. Der Prozeß, zu dem 140 Zeugen geladen sind, erregt ungeheures Aufsehen in Oklahoma, und die Straßen von Tulsa, wo er stattfindet, sind von bis an die Zähne bewaffneten Männern überfüllt.

Rundfunk

Sonnabend, den 16. Januar 1926.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Huyleid-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6,20—6,45 Uhr: Funkbastelstunde. 7—7,30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung: Miß Elizabeth Harper: Selections from American Humour by Mark Twain (Tauchnitz Edition vol 2529). 7,30—8 Uhr: Vortrag (von Chemnitz aus): Stadtrechtsrat Dr. Albert Heymann-Chemnitz: „Die öffentliche Wohnungsfürsorge als Freundin, der Förderin, der Architektenschaft". **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden für beide Wellen.** 8,15 Uhr: Musikalische Darbietungen und Rezitationen. Mitwirkende: Charlotte Bastié, Ehrenmitglied der Sächs. Staatstheater (Rezitationen), Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider, Aipbahn, Kropholler). Am Klavier: Theodor Blumer. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Preßbericht und Sportfunkdienst. Darauf: Tanzmusik bis 11,30 Uhr, ausgeführt vom Leipziger Rundfunkorchester.

DER Inventur-Ausverkauf im Central-Kaufhaus Freital erregt Aufsehen

KPD-Versammlungskalender

KPD. Klotzsche, Kellerau, Rähnitz. Sonnabend den 16. Jan. in der „Hoffnung", Rähnitz. Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier. Frauen und Gäste mitbringen.

Gemeindearbeiter Radeberg. Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr in Zucholds Restaurant, Bahnhofstr.: Generalversammlung.

Ortsgruppe Dahna. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 Uhr im Bergrestaurant: Mitgliederversammlung.

KPD. Kötzschenbroda. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 Uhr findet in Henkers Restaurant unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung sehr wichtig.

Unterbezirk Zittau, KPD. Mandau. Sonnabend, 16. Januar, abends 7,30 Uhr bei A. Jaschke: Wichtige Mitgliederversammlung.

KPD. UG. Zittau. Sonntag, den 17. Januar, findet in Reichenau im „Deutschen Haus" eine Liebknecht-Gedächtnisfeier statt. Die Ortsgruppen werden verpflichtet, vorm. 9 Uhr einzutreffen.

RFB-Versammlungskalender

RFB. 2. Abt. und RJ. Stellen Sonntag, den 17. Januar, 11,30 Uhr auf dem Freiberger Platz. (Armbinden!)

RFB. Abt. 6, Johannstadt. Stellen zum Werbeumzug Sonntag vorm. 11,30 Uhr auf dem Holbeinplatz.

RFB. Ortsgruppe Zschachwitz. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im „Gasthof zur Krone". Neuwahl der Leitung steht zur Tagesordnung.

RFB. Radebeul. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung beim Kam. Müller.

RFB. Meißen. Die Beiträge müssen bis spätestens 15. Jan. an Unter- und Hauptkassierer abgeliefert sein. Unterkassierer haben bis 16. Jan. beim Gruppenkassierer Beiträge und Marken abzurechnen. Zeitungen abholen.

RFB. Löbtau. Kameraden stellen Sonntag früh 7,05 Uhr auf Bahnhof Löbtau zur Abfahrt nach Reichenau. Radfahrer 7,45 Uhr an der Insel.

RFB. Zittau. Heute Freitag in „Stadt Mex": Mitgliederversammlung. — Sonntag, den 17. Januar, früh 6,30 Uhr: Stellen Schießwiese (7 Uhr Abmarsch) nach Reichenau zur Untergau-Mitgliederversammlung und Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier. Alle Kameraden haben teilzunehmen.

GEDENK-FEIERN
LENIN
LIEBKNECHT
LUXEMBURG

Freital am Sonnabend, den 16. Januar, im „Sächs. Wolf", Freital-Deuben

Pirna am Sonnabend, den 16. Januar, im Volkshaus, Pirna

Schandau am Sonnabend, den 16. Januar abends 1/2 8 Uhr im Ringhotel Bad Schandau

Bautzen am Sonnabend, den 16. Januar abends 1/2 8 Uhr im Katholischen Gesellenhaus in Bautzen, Gerberstraße

Seifhennersdorf Sonntag, den 17. Januar 1926, im „Deutschen Haus", Rumburg (ČSR.)

RFB. Untergau Zittau. Am Sonntag vorm. 9 Uhr findet in Reichenau, Gasthaus „Deutsches Haus", eine UG.-Mitgliederversammlung statt. Anschließend findet eine Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier statt.

Alle Sport-Artikel und -Bekleidung kaufen Sie preiswert und gut im
Berufs- und Sport-Bekleidungshaus Alfred Jauch
Heidenau-Süd, Pirnaer Straße

RFB. Hirschfelde. Sonntag, den 17. Januar: Stellen zum Ausmarsch nach Reichenau um 7,30 Uhr pünktlich beim Kam. Dutschke (Kolonie).

Vereinskalender

Ges. proletarischer Freidenker, Gruppe Johannstadt. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7,30 Uhr im „Schulgasthof" Ziegelstr. 54: Mitgliederversammlung. Ref. Gen. Döring. Fortsetzung seines Vortrags über Geschl.-Aufkl.

Freidenker Ortsgruppe Seifhennersdorf. Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr im „Schützenhaus" Neuleutersdorf: Wanderversammlung. Vortrag des Gen. Slunka. Für weitere Unterhaltung ist Sorge getragen. Abmarsch Punkt 7 Uhr vom „Kretscham". Bei schlechter Witterung Abfahrt 6,30 Uhr.

Verein für Sexualhygiene und Lebensreform e. V., Ortsgruppe Ebersbach, Sa. Sonnabend den 16. Jan., abends 8 Uhr im Kretscham ordentliche Hauptversammlung.

Arbeitersport

2. Fußballbezirk. Achtung! Infolge Krankheit des Genossen Hanke übernimmt die Kassenangelegenheiten des 2. Fußballbezirks der Gen. Flehmig. Alle Geldsendungen usw. sind nur noch an folgende Adresse zu senden: Robert Flehmig, Dresden-A., Palmstraße 26, I.

Fußballabteilung Klotzsche. Sonnabend den 16. Jan., abends 8 Uhr (Alberthöhe) Monatsversammlung. Pässe und Mitgliedsbücher mitbringen!

Freier Turn- und Sportverein Freital-Potschappel. Sonnabend den 16. Jan., abends 7 Uhr, in der Turnhalle Niedersedlitz: Generalversammlung. Donnerstag den 14. Januar, abends 8 Uhr, Turnratssitzung in der „Frohen Schicht". Die Vorschlagskommissionen müssen mit anwesend sein.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Freital und Umg. Sonnabend den 16. Jan., abends 7,30 Uhr, in Krilles Gasthof findet unsere diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Gleichzeitig wird dazu hingewiesen, Unfallstatistiken und Gruppenberichte bis spätestens 15. Januar in der Geschäftsstelle Freital-Potschappel zu Markt 6 abzugeben.

Arbeitersportkartell Gittersee, Burgk, Kleinnaundorf. Freitag, den 15. Januar, 7 Uhr: Generalversammlung in Hamanns Restaurant, Burgk.

Central-Theater Bautzen Neugraben Nr. 9
Ab Freitag bis mit Montag:
Harry Liedtke
sowie Deutschlands jüngster, bildhübscher Filmstern
Lilian Harvey
in
Liebe und Trompetenblasen
Köstlicher Militärschwank in 6 Akten
In den Hauptrollen: Harry Liedtke, Lilian Harvey, Paul Morgan
Der Film des goldenen alten Wien, mit seinem leuchtenden Humor, seinem herzbezwingendsten Problem
Aufnahmen der Burgwache, Die letzten Hoch- u. Deutschmeister
Als Beiprogramm:
Jimmy im Expreß
Groteske in 2 Akten. Dazu noch Harold Lloyd
„Er" ist seekrank
Außerdem Deulig-Woche Nr. 3 1926
Beginn: Wochentags 1/2 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

PALAST-THEATER
Ab Freitag bis mit Montag:
Das große Doppelprogramm
Alimente (Die geschiedene Frau)
Dramatischer Lebensbild aus Gesellschaftskreisen in 6 Akten
Als Beiprogramm
Die weltberühmte japan. Filmschauspielerin Hanako Hayakawa in
Akira und die weiße Blüte
(Die Liebe des gelben Mannes)
Tragödie einer Liebe in 5 Akten
Beginn: Wochentags 1/2 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Billige Apfelsinen
21 St. nur 1 Mk.
15 St. nur 1 Mk.
Beachten Sie genau die Firma:
Walter Weise
Kolonialwaren Feinkost
Bautzen, Kornstr. 2

Größerer Posten
Fußbodenbretter
24 mm stark in Längen von 3—4,80 Meter, trockene, verlegbare Ware sowie 1 Posten
Bodendielung
verkauft preiswert
R. Stephan
Bautzen, Stiftstr. 16
Fernspr. 401

Schuhmacherei
MAX WEHNER
Bautzen, Schlachthofstr. 6
Prompte u. saubere Arbeit

Konrad Domscke
Bautzen, Kornstraße 1
Hamburg-Bremer Zigarrenlager — Spezialmarken in Zigaretten und Tabake
Wieder-Verk. Sonder-Pr.

Spezialität: Altdeutsche und Wiener Würstel
empfiehlt Erich Wehner, Pirna a. d. Elbe

Achtung! Achtung!
M. u. A. Zocher
Zigarren - Zigaretten - Tabak
Arbeiterliteratur
Bautzen! Bautzen!

Schloßkeller Bautzen
Täglich: Erstklassiges
Damen-Salonstimmungsduo

Hochf. Bettfedern Mk. 50 Pf.
Flaum, Daunendecke, Jäckchen, Kinderbettdecke, Steppdecken u. Wachsdecken alles billig
J. Erler, Bautzen, Amtsstraße Lessingstraße 10, Nähe Kesselsteinbrücke

Schuhreparaturen
werden gut und preiswert ausgeführt bei
K. Claus
Pirna
Wettestraße 20

Bergrestaurant PIRNA
Jeden Sonnabend und Sonntag
Großer öffentlicher Ball
Hierzu laden ergeb. ein Besel u. Frau

Die guten Saftwürstchen, die guten Altdeutschen Würstchen, die gute Knoblauchwurst
täglich frisch von 4 Uhr ab warm
Emil Paul, Fleischermeister, Pirna, Markt 14

H. APELS THEATER
GITTERSEE, REHBOCKSCHÄNKE
Heute Freitag, den 15. Jan., 8 Uhr abds.:
Das Geisterwirtshaus oder Die Entstehung des Trompeterschlößchens in Dresden
Lustspiel in 3 Akten
Sonntag, den 17. Januar, abends 8 Uhr:
Gewonnene Herzen oder August Weiterhahn's Abenteuer in Frankreich Lustspiel in 4 Akten
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Rotkäppchen und der Wolf
Nachspiel: Varieté IV. Teil

RESTPOSTEN in **Winter-Bekleidung** jetzt 15% unter Preis!!!
Garderobehaus Sander
PIRNA, Schmiedestraße 38

INVENTUR-AUSVERKAUF
Kommen! Sehen! Staunen!
bei **Albert Langer** früher **E. Rohr Nachf.**
Dohnaische Straße 2 PIRNA Dohnaische Straße 2
In allen Abteilungen **herabgesetzte Preise**, unter anderem:
Ein Posten **Hemdentuch** Meter 55 ₰
Ein Posten **Blusen 95** ₰
Ein Posten **Röcke 95** ₰

Aus den Gewerkschaften

Kartellsitzung des Ortsausschusses Dresden im ADGB.

Die Sitzung des Ortsausschusses am 13. Januar, befaßte sich mit folgender Tagesordnung:

1. Wohnungs- und Wohlfahrtspflege.
2. Errichtung einer Zahlstelle der Arbeiter- und Beamtenbank.
3. Allgemeines.

Zum Punkt 1 sprach Kollege Richter und beleuchtete in interessanten Ausführungen das furchtbare Wohnungselend in Deutschland. Er empfahl den Gewerkschaften den Bau von Wohnungen, um den Gewerkschaftsmitgliedern gesunde Wohnungen möglich zu machen. Leider haben die Gewerkschaften nicht die Mittel dazu. Richter möchte den Gewerkschaften noch eine Möglichkeit geben, sich vom Klassenkampf zu drücken.

Wießner berichtete unter Punkt 2, daß später eine Filiale der Arbeiter- und Beamtenbank eröffnet werden soll.

Unter Punkt 3 berichtete Wießner über das Schreiben der KB., IAH. der Kriegsopfer und der KPD., die den Ortsausschuß auffordern, am Sonntag, den 24. Januar, im Stadt-Café zu einer Sitzung zu erscheinen zwecks Stellungnahme der Einleitung des Volksentscheides zur Fürstenabfindung. Wießner erklärte, man müsse es ablehnen und hätte auch gar keine Ursache dazu, die zentralen Instanzen zu übergehen, und im übrigen würden ja der ADGB. und die SPD. das Notwendige tun. Wießner empfahl die Ablehnung des Schreibens. Kollege Lüschte sprach für Annahme und Befolgung dieser Einladung, um die geschlossene Front der Arbeiter gegen die räuberischen Fürsten herzustellen. Die Millionen, die den Fürsten in den Hals geworfen werden, sollten zu anderen Zwecken Verwendung finden. Kollege Enderlein frug an, ob nun die Anträge der erwerbslosen Metallarbeiter behandelt worden sind (Allgemeine Erwerbslosenversammlung). Darauf erklärte der Vorsitzende Wießner, das sie es ablehnen müssen, derartige Anträge zu behandeln, die ohne Begründung von der Ortsverwaltung des ADGB. abgeschickt sind. Eine entsprechende Mitteilung sei an den DMV. abgegangen.

Die Sitzung zeigte erneut, daß auch der Ortsausschuß Dresden des ADGB. weiterhin die Forderungen der Erwerbslosen sabotiert, selbst wenn sie durch die dem ADGB. angeschlossenen Organisationen vertreten werden.

Achtung, heute Gewerkschaftstag!

Am Freitag, den 15. Januar ist der Gewerkschaftstag für Dresden. An diesem Tage kommen in Dresden alle Fraktionen zusammen, um ihre Arbeit durchzusprechen. In allen Fraktionen wird ein einleitendes Referat gehalten. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, an diesem Tag in seine, durch die Gewerkschaftsangehörigkeit gegebene Fraktion zu gehen.

Die Fraktions- und Zellenleitungen müssen in den Tagen bis zum 15. Januar eine intensive Propaganda entfalten. **Jedes Parteimitglied muß an diesem Tag zur Stelle sein.**

Die Unterbezirke Freital und Pirna sowie die außerhalb Groß-Dresdens liegenden Ortsgruppen werden ersucht, nach Möglichkeit am Dresdner Gewerkschaftstag mit teilzunehmen.

Fabrikarbeiter (dazu Glas- und Porzellan-Arbeiter, Töpfer): Elbflorenz, Kasernstr. 19.
Graphischer Block: Bankstraße 14.
Holzarbeiter: Moritzkeller, Ringstr. 72.
Nahrungs- und Genußmittel (dazu Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Fleischer, Bäcker, Haus- und Hotel-Angestellte, Tabakarbeiter): Restaurant Sidert, Kleine Plauensche Gasse.
Schuhmacher und Sattler: Restaurant Glasewaldhof, Glasewaldstraße 42.
Metallarbeiter (dazu Kupferschmiede und Maschinisten und Heizer): Bürgerkasino, Große Brüdergasse.
Gemeindearbeiter: Bürgerkasino.
Eisenbahner (dazu Transportarbeiter): Palmbaum, Palmstraße.
Textil und Bekleidung (dazu Hutarbeiter, Kürschner): Gasthof Tobitz.
Bauarbeiter (dazu Maler, Zimmerer, Dachdecker, Steinarbeiter, Steinsetzer): Bayrische Krone, Neumarkt 14.

Alle kommunistischen Angestellten, Beamten sowie Angehörige der freien Berufe treffen sich am Freitag den 15. Januar 1926 im Fuchsbau, Schössergasse 21.

In diesen Versammlungen sprechen folgende Referenten: Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädel, Koenen, Berlin; Landtagsabgeordnete Lieberasch-Leipzig, Gäbel-Dresden; Bürgermeister Fritz Schreiter, Stadtrat M. Schneider-Dresden, Stadtverordnete Lade und Werner, Genossen Jäckel-Chemnitz, Kurt Sindermann und Robert Klett.

Sämtliche Fraktionsversammlungen beginnen pünktlich 7,30 Uhr.

Gewerkschaften gegen Aufnahme von Notstandsarbeiten

Der aus gewerkschaftlich organisierten Kollegen bestehende Erwerbslosenausschuß Kastatt in Baden beschloß, daß sich alle unorganisierten Notstandsarbeiter bei Aufnahme der Notstandsarbeiten sofort freigewerkschaftlich organisieren müssen. Die Folge dieses Beschlusses war, daß sofort **100 Beitritte zu den freien Gewerkschaften** erfolgten. **Die Vorstände der Gewerkschaften stellten diese Forderung als kommunistische Mache hin und verweigerten diese 100 Aufnahmen.**

Es ist anzunehmen, daß dieser mehr als wunderliche Beschluß eine Ausnahme bleibt. Das Ergebnis dieser Krise wird, wenn die Gewerkschaften weiter in ihrer Untätigkeit verharren, ein dauerndes Heer von über 1 Million Arbeitslosen sein. Selbstverständlich muß diesen Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden, sich freigewerkschaftlich zu organisieren, weil dies die beste Art ist, sie vor der Demoralisation zu bewahren.

Das Arbeitslosenheer in Sachsen

67 000 Erwerbslose in 14 Tagen

Wie das Landesamt für Arbeitsvermittlung mitteilt, hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die am Anfang der Berichtswoche 158 692 (132 671 männliche, 25 931 weibliche) betrug, eine weitere Erhöhung von 66 835 Hauptunterstützungsempfängern erfahren. Die Zahl der Zuschlagsempfänger stieg um 63 047 Personen.

Erwerbslose und Erwerbslosenfürsorge

Die furchtbare Wirtschaftskrise vergrößert das Millionenheer der Erwerbslosen von Tag zu Tag. Die Erwerbslosenziffern reichen in den von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffenen Industriezentren an die Elendszahlen des Jahres 1923 fast heran. Es erscheint deshalb dringend notwendig, zur Information auf die wichtigsten Bestimmungen der

Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924

und der seit dieser Zeit zahlreich ergangenen Ergänzungen und Aenderungen in aller Kürze einzugehen. Das ist um so notwendiger, als gerade jetzt bei der massenweisen Stillegung von Betrieben ganze Arbeitergruppen auf die Straße geworfen werden und Erwerbslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen gezwungen sind, die bisher immer noch von einer gewissen Stabilität in ihrem Arbeitsverhältnis sprechen konnten.

Wer hat Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung?

Auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge wird die Erwerbslosenunterstützung nur arbeitsfähigen Personen gewährt, soweit sie **als Folge des Krieges (!) unverschuldet** (!) wegen Arbeitsmangel, Betriebseinschränkungen, Stillegung des Betriebes usw. erwerbslos geworden sind. Bei Personen, die angeblich freiwillig (?) ihr Arbeitsverhältnis lösen oder wegen Selbstverschulden (!) **erwerbslos** werden, wird eine vierwöchige Karenzzeit vom Tage der Antragstellung festgesetzt, ehe sie Erwerbslosenunterstützung erhalten. Diese Bestimmung gilt auch für alle Arbeitnehmer, die von einem Streik oder einer Aussperrung betroffen werden. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist, daß die Erwerbslosenunterstützung nur dann gewährt wird, wenn der Erwerbslose im letzten Jahre vor der Antragstellung auf Erwerbslosenunterstützung mindestens 3 Monate lang eine Arbeit ausgeübt hat, in der er gegen Krankheit pflichtversichert war. Diese drei Monate brauchen jedoch nicht zusammen zu liegen, sondern können unterbrochen sein. Ein Rechtsanspruch auf Grund der von dem gegen Erwerbslosigkeit Versicherten bezahlten Versicherungsbeiträge ist nicht gewährleistet. Es wird in jedem Fall die Bedürftigkeit und andere Fragen geprüft. An Beamte, Angestellte in leitenden Stellungen und selbständige Gewerbetreibende wird Erwerbslosenunterstützung **nicht gezahlt, weil sie in keinem pflichtversicherten Arbeitsverhältnis gestanden haben.**

Personen unter 16 Jahren kommen für die Erwerbslosenunterstützung überhaupt nicht in Frage.

Wann und wo ist Erwerbslosenunterstützung zu beantragen?

Die Erwerbslosenunterstützung muß am ersten Tage der Erwerbslosigkeit beim Arbeitsnachweis oder, wo ein solcher nicht besteht, bei der Gemeindebehörde beantragt werden. Einwohnerschein und Entlassungspapiere oder Arbeitsbescheinigungen vom letzten Arbeitgeber sind vorzulegen. Vom Arbeitsnachweis erhält der Erwerbslose eine Kontrollkarte, aus der die Tage ersichtlich sind, wo er seine Karte beim Arbeitsnachweis persönlich vorlegen muß. Mit dieser Karte muß gleichzeitig am ersten Tage jeder Erwerbslose die Unterstützung beantragen. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt wöchentlich, darüber ist persönlich zu quittieren. Die Höhe der Unterstützung ist nach den Ortsklassen verschieden. In Ortsklasse A erhalten wochentäglich, also nur 6 Tage in der Woche:

1. Erwerbslose über 21 Jahre	1,02 M.
2. Erwerbslose unter 21 Jahre	0,98 M.
3. Ehefrauen	0,55 M.
4. Kinder	0,39 M.

Zu 1 und 2: Diese Sätze werden unterschiedslos an weibliche und männliche Personen gezahlt. Ob die betreffenden Personen einen eigenen Haushalt führen oder nicht, ist für die Berechnung ohne Einfluß.

Zu 3: Für Ehefrauen, die eigenes Einkommen haben, kommt der Zuschlag in Wegfall.

Zu 4: Es wird nur bei höchstens 4 Kindern der Zuschlag gezahlt. Der Höchstsatz, den ein Erwerbsloser, verheiratet mit 4 Kindern, erhält, beträgt 21,60 Mk. für eine Woche.

Nebenverdienst und Rente werden mit 50 Prozent auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet. Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung werden nicht gewährt.

Wie werden die Erwerbslosen auf Grund der Reichsverordnung eingeteilt?

Man unterscheidet drei große Hauptgruppen:

a) Vollerwerbslose,
b) Aussetzer,
c) Kurzarbeiter.

Vollerwerbslose sind Personen, die wegen Arbeitsmangel, Stillegung oder Einschränkung oder einem sonstigen in der Person liegenden Grunde aus dem Arbeitsverhältnis endgültig entlassen werden oder freiwillig ausgeschieden sind.

Aussetzer sind solche Personen, die, wie jetzt vorherrschend, wegen Arbeitsmangel oder Betriebseinschränkung vorübergehend aus dem Arbeitsverhältnis geschieden sind, bei denen aber die Wiederaufnahme in der bisherigen Arbeitsstelle in Aussicht steht und die Unterbrechung nur von kurzer Dauer ist, bzw. das Aussetzen sich in regelmäßigen Abständen wiederholt.

Kurzarbeiter sind solche Personen, bei denen das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, sondern vielmehr weiterbesteht, aber nur eine teilweise Beschäftigung stattfindet, so daß von der sonst regelmäßigen Arbeitszeit nur 3 oder weniger Tage gearbeit werden.

Vollerwerbslose erhalten die Erwerbslosenunterstützung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind und in der letzten Woche vor Eintritt der Erwerbslosigkeit voll gearbeitet worden ist und das Arbeitsverhältnis mindestens 6 Wochen gedauert hat, nach Verlauf einer dreitägigen Wartezeit, vom Tage der Antragstellung an gerechnet.

Ist bis zum Eintritt der Erwerbslosigkeit verkürzt gearbeitet worden oder ist innerhalb der letzten 6 Wochen bereits Erwerbslosenunterstützung bezogen worden, so wird keine Wartezeit berechnet, und die Erwerbslosenunterstützung wird vom Tage der Antragstellung ab gewährt.

Bei vorheriger Krankheit von mindestens einwöchiger Dauer wird ebenfalls keine Wartezeit berechnet; Krankenscheine für diesen Fall müssen bei der Antragstellung mit vorgelegt werden.

Aussetzer unterliegen fast den gleichen Bestimmungen wie Vollerwerbslose, nur erlangen Aussetzer erst dann Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung, wenn das Aussetzen mindestens 6 Werktage hintereinander dauert. Am 7. Tag des Aussetzens wird dann die Erwerbslosenunterstützung wie bei Vollerwerbslosen berechnet und evtl. für 7 Tage die Erwerbslosenunterstützung nachgezahlt bzw. nach Abzug von drei Wartetagen die Unterstützung für 4 Tage gewährt. Wechselt eine Woche Vollarbeit oder Kurzarbeit mit einer Aussetzerwoche ab, sogen. Schichtwechsel, so wird die Unterstützung nicht gezahlt.

Aussetzer müssen ebenfalls die Kontrolltage einhalten und alle sonstigen Bestimmungen beachten, wie sie für Vollerwerbslose Geltung haben.

Kurzarbeiter erhalten keine Unterstützung, wenn sie von 12 hintereinander liegenden Werkarbeitstagen 7 oder mehr Tage arbeiten. Die bisherige günstigere Regelung der Tabakarbeiter ist durch die neueste Verfügung des Arbeits-Ministeriums aufgehoben, und diese Kurzarbeiter werden ebenso behandelt wie die Kurzarbeiter, die unter die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung fallen.

Welche Gemeinde ist für die Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung zuständig?

Zuständig für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ist die Gemeinde, in der der Erwerbslose bei Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit seinen Wohnort hat und polizeilich angemeldet war. Wenn z. B. Erwerbslose von auswärts zuziehen, so tritt der Arbeitsnachweis erst mit der zuständigen Gemeinde in Verbindung, damit die Rückerstattung zugesichert wird.

Was geschieht bei Erkrankung Erwerbsloser?

Jeder Erwerbslosenunterstützung beziehender Erwerbsloser ist gegen Krankheit vom Arbeitsnachweis bzw. von der zuständigen Gemeinde versichert. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage, für den erstmalig die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. Die Versicherungsbeiträge werden aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten, ohne daß der Erwerbslose Teilbeträge zu leisten hat. Die Leistungen der Krankenkassen richten sich nach den für alle sonstigen Versicherten gültigen Bestimmungen.

Diese Bestimmungen gelten auch für Aussetzer.

Im allgemeinen sind die Erwerbslosen bei den Orts- oder Landkrankenkassen versichert. Beabsichtigt jedoch ein Erwerbsloser, in seiner bisherigen Krankenkasse zu verbleiben, so kann dies, wenn der Antrag binnen 1 Woche gestellt ist, auf Antrag genehmigt werden. Der Versicherungsbeitrag wird jedoch nur nach der Versicherungsklasse gewährt werden, nach der die übrigen Erwerbslosen versichert sind.

Der Erwerbslose wird mit dem Tage bei der Krankenkasse abgemeldet, an dem er aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheidet oder die Erwerbslosenunterstützung in Wegfall gestellt wird.

Wie ist das Verfahren beim Arbeitsnachweis?

Ueber alle Unterstützungsgesuche entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsnachweises. Gegen diese Entscheidung des Vorsitzenden ist binnen 2 Wochen Einspruch beim Verwaltungsausschuß zulässig. Die Entscheidung des Verwaltungsausschusses ist endgültig und bindend. Beschwerde- oder Einspruchsinstanzen sind nicht vorhanden.

Ein Sozialdemokrat gegen erweiterte Kassenbehandlung?

In der Breslauer „Volkswacht" (SPD.) vom 8. Januar ist ein Artikel von Arthur Bergmann enthalten, der unter der Ueberschrift **„Ueberlastung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen"** eine Aufzählung der großen Lasten enthält, die die Krankenkassen zu tragen haben. Wenn auch der Verfasser recht hat bei dem Hinweis auf die große Belastung der Kassen durch die Befreiung der Kommunen von der Fürsorge für verschiedene Zweige der Wohlfahrtspflege, z. B. Familienunterstützung, so ist es doch unerhört, was er zum Schluß schreibt:

„Die politischen Parteien werden diese Ziffern auch beachten müssen, ehe sie etwa die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen **in neuen Gesetzen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** mit neuen Lasten, wie **Zwangsbehandlung** usw. belasten."

Da der Verfasser nicht sagt, daß es Aufgabe des Staates ist, durch Zuschüsse die Kassen leistungsfähig zu erhalten, läuft diese Schlußfolgerung auf eine **Ablehnung** der Erweiterung der sozialen Fürsorge durch die Kassen hinaus.

Letzte Telegramme

Kabinettskrise in Belgien

Paris, 15. Januar. Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps" ist der belgische Kriegsminister zurückgetreten. Premierminister Vandervelde wird bis zur Ernennung eines neuen Kriegsministers sein Amt wahrnehmen. Es scheint, daß man mit einer großen Kabinettsumbildung rechnen muß, da auch der Innenminister auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die österreichische Regierung zurückgetreten

Wien, 15. Januar. In der gestrigen Sitzung des Nationalrates erklärte der Präsident den Rücktritt der Regierung. Heute steht auf der Tagesordnung des Nationalrates „Neuwahl der Regierung".

Ausnahmezustand in Rumänien

Berlin, 15. Januar. **Wie der „Lokalanzeiger" berichtet, ist über sechs rumänische Bezirke der Ausnahmezustand verhängt worden, da sich in ihnen eine starke Agitation für die Zurückberufung des früheren Kronprinzen Karol bemerkbar machte.**

Wiederaufnahme der russisch-französischen Verhandlungen

Paris. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Rückkehr des russischen Botschafters Rakowski nach Paris werden die offiziellen Verhandlungen über die ungelösten Fragen zwischen der russischen und französischen Regierung wieder aufgenommen, u. a. soll dabei die Möglichkeit eines Handelsvertrages, der die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder regelt, erörtert werden.

Russische Hilfe für die eingefrorenen Schiffe

Moskau, 14. Januar. Sämtliche im Leningrader Hafen vorhandenen Eisbrecher wurden aufgeboten, um den im Finnischen Meerbusen vom Eise eingeschlossenen ausländischen und Sowjetdampfern, deren Zahl 31 beträgt, Hilfe zu bringen. Zur Versorgung einiger Dampfer mit Lebensmitteln wurde ein Geschwader von Wasserflugzeugen ausgesandt. Der Dampfer „Johannes Maersk", der seit dem 27. Dezember vom Eise eingeschlossen war, ferner die Dampfer „Ingrid", „Sturm" und „Gotenhof" wurden heute von Eisbrechern mit größter Mühe nach Leningrad geschleppt.

Heute ist Gewerkschaftstag!

Die Genossen und Genossinnen, auch die Mitglieder der Jugend beteiligen sich restlos daran

WOLL-ECKE

Großer Inventur-Ausverkauf

Auf alle Waren 20% Kassen-Rabatt

BEGINN Montag 18. Januar

Julius Riegler WOLL-ECKE Johannstraße 9

WOLL-ECKE

Amtliche Bekanntmachung

— Freital —

Bekanntmachung des öffentlichen Arbeitsnachweises Freital und Umgegend.

Eröffnung einer Nebenstelle.

Die Kontrolle der Erwerbslosen und Aussetzer und die Auszahlung der Unterstützung findet

am Montag, den 18. Januar 1926

für die Erwerbslosen und Aussetzer der Stadtteile Potschappel, Birkigt, Niederpesterwitz und Zaucherode in der neueingerichteten Nebenstelle des Arbeitsnachweises Freital, an der Pesterwitzer Straße, am Steigersportplatz statt.

Die Erwerbslosenunterstützung wird am Donnerstag und Freitag jeder Woche ausgezahlt. Diese Nebenstelle ist bis 12 Uhr mittags geöffnet. Auskünfte nach dieser Zeit werden in der Hauptgeschäftsstelle im Arbeitsnachweis Lange Straße 19 erledigt.

Für die Erwerbslosen der Stadtteile Deuben, Döhlen und Burgk findet die Kontrolle und Auszahlung wie bisher im Arbeitsnachweis Lange Straße 19 statt.

Stadtrat Scheibner, Vorsitzender.

WESTEND-THEATER DRESDEN-LÖBTAU
Kesselsdorfer Str. 22 — Straßenbahn 7, 20, 22

Ab Freitag den 15. Januar

Der größte Ufa-Film dieser Saison

Varieté

mit Emil Jannings und Lia de Putti

und

Jack Dempsey

den Weltboxmeister im Film

„Wie er entdeckt wurde"

Konkurrenzlos in Möbel

aus eigener Polsterwerkstätte

Dreiteil. Aufl.-Matratzen von 21 M. an werden nach Wunsch in jeder Größe angefertigt
Chaiselongues . . . von 34 M. an
Chaisel.-Decken, Gobelins von 22 M. an
Sofas . . . von 75 M. an
Reformunterbetten von 12.50 M. an
Stahl-Einlage-Matratzen von 10 M. an
Bettstellen, in Eiche u. Nußbaum gemalt . . von 25 M. an
Eiserne Bettstellen f. Erw. von 25 M. an
Eiserne Kinderbettstellen mit abklappbarem Seitenteil 21 M.
Kleiderschränke, in Eiche u. Nußbaum gemalt . . von 65 M. an
Waschkommod. mit Platte von 58 M. an
Nachtschränkch. m. Platte v. 18.50 M. an
Stühle, Nußbaum poliert, mit Rohrsitz . . . von 6.50 M. an
Klaviersessel . . . von 19 M. an
Rauchtische mit Messingpl. von 15 M. an

E. Goldhammer
19 Große Brüdergasse 19

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr
Er und seine Schwester
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Bernhard Buchbinder
Musik von Fischelscher
An Sonn- u. Feiertagen 3½ Uhr nachm.
Wie Klein-Else das Christkind suchen ging!
Weihnachtsspielchen von Th. Lehmann-Haupt
Musik von Julius Lauber

Radeberger Pilsner
Felsenkeller Lager
liefert frei ins Haus
Paul Müller
Flaschenbierhdlg.
Copitz
Telephon 652

Tymians Das einzige wirkliche Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

ANZEIGEN
haben den denkbar besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

Nur um Geld zu schaffen, daher so billig!
Handtücher per Stück . . . 0.40
Herren-Hemden 100 cm lang jetzt 1.90
Bettücher . . . nur 1.80
Herbst-Damenblusen per Stück 2.00
Bettbezüge Nessel, 2 Meter lang, Ia Ware . . . nur 4.30
Bettbezüge in weiß u. bunt, Ia Ware, 2 Meter lang . . . 5.00
Bettbezüge in Stangenleinen, 2 Meter lang . . . 8.00
Nur in der Textilzentrale Dresden, Falkenstr. 14

Mehrere Straßenhändler
für den Vertrieb einer
Berliner Abendzeitung
sofort gesucht
Zu melden bei Oswald Groß, Buchhandlung, Dresden-Altst., Röhrhofsgasse 24

Kinder-, Sport- u. Puppenwagen
in geschmackvoller Ausführung empfiehlt zu soliden Preisen
Richard Noack, Pirna
Braustr. 6, gegenüber Lindenhof

Wo ist Schmidt Paul? genannt der Steife
Im Lilienparten, Lilienstraße 25
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühschoppen-Konzert

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Altst., Augsburger, Ecke Jakobistraße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Carolabad Pirna - Jeden Freitag und Sonntag
Große Ballschau
Es ladet ergeb. ein P. Taggesell u. Frau

GAS - GAS - GAS - GAS - GAS - GAS - GAS - GAS

GAS
JOHANNES R. BECHER
Der gewaltigste Roman der Gegenwart
(CHCl=CH)$_3$As
(Levisite)
oder
Der einzig gerechte Krieg
Preis M. 4.50

Zum Gedächtnis
LENIN
LIEBKNECHT
LUXEMBURG
Lenins ausgewählte Werke 8.00
Lenin Sinowjew Gegen den Strom 5.00
Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze 3.50
Rosa Luxemburg's Werke 11.00
8.50
9.00
6.00

Buchhandlung OSWALD GROSS, DRESDEN-A., Röhrhofsgasse 24